

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern, Artikel 5 Absatz 2, Artikel 11 Nummer 5 und 6, Artikel 12 §1 Absatz 2 und §4, Artikel 13 Absatz 2, Artikel 14 §1 Absatz 1, §2 und §3 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 2, Artikel 16, Artikel 18 Absatz 2, Artikel 20 §1 Absatz 4, Artikel 23 §2, Artikel 25 §1 Absatz 3, Artikel 27 §2 Absatz 3, Artikel 28 Absatz 3, Artikel 29 Absatz 2, Artikel 31 Absätze 2 und 3, Artikel 33 §1 und §2 Absatz 1, Artikel 35 Absatz 4, Artikel 36 §1 Absatz 3 und §2, Artikel 37 Absatz 3, Artikel 38 Absatz 3, Artikel 40 §1 Absatz 2 und §2, Artikel 42 Absatz 2, Artikel 43, Artikel 44 §4 Absatz 4, Artikel 45 §4 Absatz 4 und §5 Absatz 2 Nummer 2, Artikel 49 §2 Absatz 1, Artikel 50 Absatz 3, Artikel 51 Nummer 2, Artikel 53, Artikel 54 §3 Nummer 3, Artikel 55 Absätze 3 und 4, Artikel 56 Absätze 3 und 4, Artikel 60 Absatz 3, sowie Artikel 62 Absatz 5;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. September 2006 zur Adoption;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Begriffsbestimmungen

Zusätzlich zu den in Artikel 3 des Dekrets erwähnten Begriffsbestimmungen versteht man für die Anwendung des vorliegenden Erlasses unter:

1. Dekret: das Dekret vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern;
2. Fachbereich: der für die Adoption zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Minister: der für die Adoption zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
4. Zusammenarbeitsabkommen: das Zusammenarbeitsabkommen vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption.

Art. 2 – Modalitäten einer Unterstützung bei sprachlich bedingten Verständigungsschwierigkeiten

Adoptionskandidaten, die bei einem Adoptionsvermittlungsdienst einer anderen belgischen Behörde auf sprachlich bedingte Verständigungsschwierigkeiten stoßen, können bei der ZBGA im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen Antrag auf Übernahme folgender Kosten einreichen:

1. Dolmetscherkosten, die im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Adoptionsvermittlungsdienst entstehen;
2. Übersetzungskosten von Dokumenten, insofern diese Übersetzung vom Adoptionsvermittlungsdienst gefordert wird.

Das Formular für den in Absatz 1 erwähnten Antrag wird von der ZBGA zur Verfügung gestellt.

KAPITEL 2 – ADOPTIONSVERMITTLUNGSDIENSTE

Abschnitt 1 – Anerkennung

Art. 3 – Qualifikation des Personals

Der Dienstleiter des Adoptionsvermittlungsdienstes verfügt mindestens über das Diplom eines Bachelors mit sozialer Ausrichtung oder über einen gleichgestellten Studiennachweis und über mindestens drei Jahre Berufserfahrung im sozialen Bereich.

Die Sozialarbeiter des Adoptionsvermittlungsdienstes verfügen mindestens über das Diplom eines Bachelors mit sozialer Ausrichtung oder über einen gleichgestellten Studiennachweis.

Die Psychologen des Adoptionsvermittlungsdienstes verfügen mindestens über das Diplom eines Bachelors in Psychologie oder über einen gleichgestellten Studiennachweis.

Die Verwaltungsmitarbeiter des Adoptionsvermittlungsdienstes verfügen mindestens über das Abschlusszeugnis der Oberstufe des allgemeinbildenden oder technischen Sekundarunterrichts oder über einen gleichgestellten Studiennachweis.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung, eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion oder ein nachgewiesener Arbeitskräftemangel für die geforderte Qualifikation vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Art. 4 – Infrastruktur und Arbeitsweise

Die Infrastruktur der Adoptionsvermittlungsdienste ist derart gestaltet, dass sie die Ausführungen der in den Artikeln 24 §§2 und 3, 25 §1, 26, 44, 45, 50, 51, 55, 56 und 62 des Dekrets erwähnten Dienstleistungen sowie den Schutz des Privatlebens der Adoptionskandidaten, Herkunftsfamilien, Adoptierenden und Adoptierten gewährleistet.

Die Adoptionsvermittlungsdienste sind für einen Zeitraum von mindestens 19 Stunden pro Woche, an drei Tagen pro Woche erreichbar.

Art. 5 – Anerkennungsverfahren

§1 – Für den Erhalt der Anerkennung als Adoptionsvermittlungsdienst reicht eine Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht oder eine juristische Person öffentlichen Rechts einen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein.

§2 – Dem Antrag sind mindestens folgende Unterlagen und Angaben beigelegt:

1. die Satzungen der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht oder der juristischen Person öffentlichen Rechts;
2. die Beschreibung der Infrastruktur;
3. die Beschreibung der Arbeitsweise, welche mindestens folgende Informationen umfasst:
 - a) die Organisationsstruktur;
 - b) die Kriterien zur Gewährleistung der Qualitätssicherung;
 - c) das Leitbild;
 - d) die Vorgehensweise im Rahmen der Adoptionsvermittlung, der Adoptionsbegleitung und der Nachbetreuung;
4. die Identität, Qualifikationen und Erfahrungen, die beglaubigten Kopien der Studiennachweise und einen Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuchs für die Mitglieder des Leitungsorgans und das beschäftigte Personal;
5. einen Antrag zur Durchführung von Inlandsadoptionen, internationalen Adoptionen oder beiden Formen der Adoption, wobei im Falle der internationalen Adoptionen die voraussichtlichen Kooperationspartner aufzuführen sind.

Der Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form eingereicht. Der Fachbereich bestätigt den Erhalt des Antrags innerhalb von 30 Kalendertagen. Das Datum des Poststempels beziehungsweise des elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

§3 – Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Anerkennung sowie die beigelegten Unterlagen und Angaben. Ist der Antrag vollständig, übermittelt der Fachbereich dem Antragsteller eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Angaben beziehungsweise Unterlagen beim Antragsteller an.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über die Erteilung oder die Verweigerung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

Der Beschluss zur Erteilung oder zur Verweigerung der Anerkennung wird dem

Adoptionsvermittlungsdienst unverzüglich zugestellt.

§4 – Eine Abänderung der in §2 Absatz 1 erwähnten Unterlagen und Angaben unterliegt einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reicht der Adoptionsvermittlungsdienst einen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein. Der Fachbereich prüft, ob eine Abweichung gerechtfertigt ist und übermittelt dem Minister innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Antrags ein Gutachten. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über die Genehmigung oder die Verweigerung der Abänderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Abänderung als verweigert.

Der Beschluss zur Genehmigung oder zur Verweigerung der Abänderung wird dem Adoptionsvermittlungsdienst unverzüglich zugestellt.

Der Fachbereich hält jede Genehmigung oder Verweigerung der Abänderung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

§5 – Für die Erneuerung der Anerkennung reicht der Adoptionsvermittlungsdienst spätestens drei Monate vor Ablauf der Anerkennung gemäß §1 einen neuen Antrag beim Fachbereich ein.

Der Antrag enthält die in §2 Absatz 1 erwähnten Unterlagen und Angaben, insofern diese sich vom ursprünglichen Antrag unterscheiden.

Der Fachbereich prüft den eingereichten Antrag gemäß den Bestimmungen von §3.

§6 – Der Adoptionsvermittlungsdienst kann im Fall einer Verweigerung der Anerkennung oder einer Verweigerung der Abänderung bei der Regierung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Adoptionsvermittlungsdienst übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 21 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des in §3 Absatz 4 erwähnten Beschlusses zur Verweigerung der Anerkennung oder des in §4 Absatz 4 erwähnten Beschlusses zur Verweigerung der Abänderung.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über seine Zulässigkeit. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

Die Regierung informiert den Fachbereich über den Einspruch. Dieser übermittelt der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist eine Stellungnahme.

Art. 6 – Aufrechterhaltung der Anerkennung

Für die in Artikel 13 des Dekrets erwähnte Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die anerkannten Adoptionsvermittlungsdienste mindestens folgende weiteren Verpflichtungen ein:

1. sie erfüllen ihre Aufgaben und Dienstleistungen mit Respekt gegenüber den Personen und ihrem Privat- und Familienleben und ohne Diskriminierung;
2. sie führen für jeden Adoptionskandidaten und jedes zur Adoption vorgeschlagene Kind

eine individuelle Akte;

3. unbeschadet der Bestimmungen über den Datenschutz und das Berufsgeheimnis gewähren sie den Mitarbeitern der ZBGA Zugang zu den in Nummer 2 erwähnten individuellen Akten;

4. sie übermitteln der ZBGA am Ende jedes Trimesters eine Abschrift ihrer Wartelisten der Adoptionskandidaten;

5. sie übermitteln der ZBGA bis zum 1. Mai eines jeden Jahres einen Tätigkeitsbericht über die Umsetzung ihrer Aufgaben im vorherigen Jahr;

6. sie akzeptieren eine Kontrolle vor Ort durch den Fachbereich;

7. sie bringen dem Fachbereich jedes Ereignis zur Kenntnis, das erhebliche Auswirkungen auf den Adoptionsvermittlungsdienst oder die ZBGA haben kann oder dem Ansehen der Deutschsprachigen Gemeinschaft schaden könnte;

8. sie informieren die ZBGA über jede in Artikel 42 des Dekrets erwähnte neue Konvention und jede Änderung dieser Konvention;

9. sie nehmen externe Beratungen in Anspruch, wenn eine individuelle Situation es erfordert;

10. sie stellen sicher, dass das beschäftigte Personal an Fortbildungen und Supervisionen teilnimmt;

11. sie nehmen an Koordinationsversammlungen mit der ZBGA teil;

12. sie teilen der ZBGA jede Änderung der in Artikel 20 des Dekrets erwähnten internationalen Zusammenarbeit unverzüglich mit.

Art. 7 – Aussetzung der Anerkennung

§1 – Kommt der Adoptionsvermittlungsdienst den im Dekret oder den im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen nicht nach, fordert der Fachbereich ihn auf, den Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann der Adoptionsvermittlungsdienst spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen beim Fachbereich beantragen.

Der Minister wird vom Fachbereich über die Nichteinhaltung informiert.

§2 – Kommt der Adoptionsvermittlungsdienst nach der in §1 Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin den Verpflichtungen nicht nach, setzt der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem betroffenen Adoptionsvermittlungsdienst per Einschreiben seine Absicht mit. Dieser kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist über die Aussetzung der Anerkennung und die Dauer dieser Aussetzung.

Der Beschluss zur Aussetzung der Anerkennung wird dem Adoptionsvermittlungsdienst unverzüglich zugestellt.

§3 - Der Adoptionsvermittlungsdienst informiert unverzüglich die Personen, die die Adoptionsvermittlung bereits vor Notifizierung des Beschlusses zur Aussetzung der

Anerkennung in Anspruch genommen haben, schriftlich über die Gründe der Aussetzung.

§4 – Während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung bietet der Adoptionsvermittlungsdienst keine neuen Dienstleistungen mehr an.

Während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung werden dem Adoptionsvermittlungsdienst für seine Dienstleistungen keine Zuschüsse mehr ausbezahlt.

§5 – Kommt der Adoptionsvermittlungsdienst den Verpflichtungen nach, beendet der Minister die Aussetzung der Anerkennung und kann die zwischenzeitlich nicht ausgezahlten Zuschüsse rückwirkend auszahlen.

§6 – Der Adoptionsvermittlungsdienst kann im Fall einer Aussetzung der Anerkennung bei der Regierung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Adoptionsvermittlungsdienst übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 21 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des in §2 Absatz 4 erwähnten Beschlusses zur Aussetzung der Anerkennung.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über seine Zulässigkeit. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

Die Regierung informiert den Fachbereich über den Einspruch. Dieser übermittelt der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist eine Stellungnahme.

Art. 8 – Entzug der Anerkennung

§1 – Kommt der Adoptionsvermittlungsdienst seinen Verpflichtungen nach Ablauf der in Artikel 7 §2 Absatz 3 erwähnten Aussetzung der Anerkennung weiterhin nicht nach, entzieht der Minister ihm aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die Anerkennung.

Vor dem Entzug der Anerkennung teilt der Minister dem betroffenen Adoptionsvermittlungsdienst per Einschreiben seine Absicht mit. Dieser kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung, beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist über den Entzug der Anerkennung.

Der Beschluss zum Entzug der Anerkennung wird dem Adoptionsvermittlungsdienst unverzüglich zugestellt.

§2 – Der Adoptionsvermittlungsdienst informiert unverzüglich die Personen, die die Adoptionsvermittlung bereits vor Einleitung des Entzugsverfahrens in Anspruch genommen haben, schriftlich über die Gründe des Entzugsverfahrens.

§3 – Mit dem Entzug der Anerkennung wird die Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

§4 – Der Adoptionsvermittlungsdienst kann im Fall eines Entzugs der Anerkennung bei

der Regierung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Adoptionsvermittlungsdienst übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 21 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des in §1 Absatz 4 erwähnten Beschlusses zum Entzug der Anerkennung.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über seine Zulässigkeit. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

Die Regierung informiert den Fachbereich über den Einspruch. Dieser übermittelt der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist eine Stellungnahme.

Art. 9 – Beendigung der Adoptionsvermittlung

Der Adoptionsvermittlungsdienst teilt dem Fachbereich jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung seiner Dienste, die nicht auf einen Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 8 zurückzuführen ist, schriftlich mit. Ausgenommen sind Urlaubsperioden und Feiertage.

Das Vorhaben des Adoptionsvermittlungsdienstes wird dem Minister mindestens drei Monate vor der geplanten zeitweiligen Einstellung und sechs Monate vor der geplanten definitiven Einstellung schriftlich mitgeteilt.

Die definitive Einstellung hat den Entzug der Anerkennung von Rechts wegen und die Beendigung der etwaigen Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft zur Folge.

Der Adoptionsvermittlungsdienst, dessen Anerkennung entzogen wurde oder abgelaufen ist, oder der zeitweilig seine Dienste einstellt, trifft im Einvernehmen mit der ZBGA jede geeignete Maßnahme, um die Kontinuität der Adoptionsvermittlungen im Interesse der betroffenen Personen zu gewährleisten.

Abschnitt 2 - Zuschussbedingungen und Vertrag

Art. 10 – Zuschussbedingungen

Für den Erhalt des in Artikel 16 des Dekrets erwähnten Zuschusses setzt sich der anerkannte Adoptionsvermittlungsdienst mindestens wie folgt zusammen:

1. aus einem Dienstleiter;
2. aus einem multidisziplinären Team, das aus einem oder mehreren Sozialarbeitern und einem oder mehreren Psychologen besteht;
3. aus einer Verwaltung, die aus einem oder mehreren Mitarbeitern besteht.

Art. 11 – Vertrag

Der in Artikel 18 des Dekrets erwähnte Vertrag zwischen der Regierung und dem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst enthält mindestens folgende Angaben:

1. die Leistungsbeschreibung;
2. die Nutznießer der Dienstleistungen;
3. den Personalkader;
4. die qualitativen und quantitativen Vorgaben zur Ausführung der Dienstleistungen;

5. die Zuschusshöhe;
6. die Auszahlungsmodalitäten des Zuschusses;
7. die annehmbaren Kosten;
8. die nicht annehmbaren Kosten;
9. die Vorgaben zur Buchführung;
10. die Vorgaben zur Bewertung der Umsetzung des Vertrags;
11. die Vorgaben zum Datenschutz;
12. die Folgen bei Nichteinhaltung des Vertrags;
13. die Dauer des Vertrags.

Abschnitt 3 - Internationale Zusammenarbeit der anerkannten Adoptionsvermittlungsdienste

Art. 12 – Fragebogen über den Staat oder Teilstaat

Der Minister stellt den in Artikel 20 §1 Absatz 3 Nummer 3 des Dekrets erwähnten Fragebogen zur Verfügung, in dem mindestens folgende Angaben abgefragt werden:

1. die politischen, historischen, wirtschaftlichen, sozialen und ethnischen Entwicklungen, Religionen und Beziehungen zu anderen Staaten oder Teilstaaten;
2. die privaten und politischen Maßnahmen zum Schutz der Kinder;
3. die Prozeduren der Unterbringung von Kindern in Einrichtungen;
4. Informationen zur Aussetzung von Kindern;
5. die Verfahren der Inlandsadoption;
6. die Verfahren der internationalen Adoption;
7. die gesetzlichen Bedingungen der Adoptierbarkeit eines Kindes;
8. die gesetzlichen Anforderungen an Adoptionskandidaten aus dem Herkunftsland sowie aus dem Ausland;
9. Informationen zur Nachbetreuung der Adoptivfamilien.

KAPITEL 3 – FREIGABE EINES KINDES ZUR ADOPTION

Art. 13 – Maßnahmen zum Wohle des Kindes

Gemäß Artikel 23 §2 des Dekrets können die leiblichen Eltern, die nicht mehr für das Wohl ihres Kindes Sorge tragen können und in Erwägung ziehen, es zur Adoption freizugeben, die ZBGA beauftragen, geeignete Maßnahmen zum Wohle des Kindes zu treffen.

Zu diesem Zweck führt die ZBGA mit den leiblichen Eltern ein Gespräch, bei dem der Bedarf und die Modalitäten der notwendigen Maßnahmen besprochen werden. Diese werden in einer Vereinbarung zwischen der ZBGA und den leiblichen Eltern festgehalten.

Die ZBGA kann spezialisierte Einrichtungen mit der Durchführung der Maßnahmen beauftragen.

Die ZBGA überprüft monatlich für jedes Kind, das im Rahmen einer Maßnahme außerhalb seines Lebensumfelds untergebracht wurde, ob sein Wohl gewährleistet ist und ob die Maßnahme weiterhin geeignet und notwendig ist.

Die ZBGA bleibt während der Dauer der Maßnahmen mit den leiblichen Eltern in Kontakt.

Die Maßnahmen enden spätestens mit der Adoption des Kindes.

Art. 14 – Bericht über das zu adoptierende Kind

Der Minister stellt den in Artikel 25 §1 des Dekrets erwähnten Bericht zur Verfügung, in dem mindestens folgende Angaben abgefragt werden:

1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort und Aufenthaltsstatut des Kindes;
2. Informationen zur Adoptierbarkeit des Kindes;
3. Name, Vorname, Geburtsdatum, Personenstand, Wohnort, Aufenthaltsstatut der leiblichen Eltern, familiärer Kontext sowie Gründe, die zur Herausnahme des Kindes aus seinem familiären Umfeld geführt haben;
4. Informationen zum Verhalten des Kindes, seiner persönlichen Entwicklung sowie der Entwicklung seiner Familie;
5. Informationen zum Gesundheitszustand des Kindes sowie zu seiner körperlichen Entwicklung nach der Geburt;
6. Informationen zum Gesundheitszustand der leiblichen Eltern sowie zur Schwangerschaft und zur Entbindung;
7. Informationen zu den besonderen Bedürfnissen des Kindes auf medizinischer, psychologischer, affektiver, rechtlicher und administrativer Ebene.

KAPITEL 4 – ETAPPEN DES ADOPTIONSVERFAHRENS

Abschnitt 1 – Einschreibung und Vorbereitung

Art. 15 – Fragebogen

Der Minister stellt den in Artikel 27 §2 des Dekrets erwähnten Fragebogen zur Verfügung, in dem mindestens folgende Angaben und Unterlagen abgefragt werden:

1. die Adoptionskandidaten:
 - a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatut;
 - b) Personenstand, Haushaltszusammensetzung, familiäres und soziales Umfeld;
 - c) Informationen zur Familiengeschichte;
 - d) eine Abschrift des Eignungsurteils;
 - e) Wohnort, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
2. das zu adoptierende Kind:
 - a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatut;
 - b) Haushaltszusammensetzung, familiäres und soziales Umfeld;
 - c) Informationen zur Familiengeschichte;
 - d) Wohnort und E-Mail-Adresse;
3. die leiblichen Eltern des zu adoptierenden Kindes:
 - a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatut;
 - b) Personenstand, Haushaltszusammensetzung, familiäres und soziales Umfeld;
 - c) Informationen zur Familiengeschichte;
 - d) Wohnort, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
4. das Verhältnis und die Häufigkeit der Kontakte der Adoptionskandidaten mit dem zu adoptierenden Kind.

Art. 16 – Einschreibeformular

Der Minister stellt das in Artikel 28 Absatz 1 des Dekrets erwähnte Einschreibeformular zur Verfügung, in dem mindestens folgende Angaben abgefragt werden:

1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatut der Adoptionskandidaten;
2. Wohnort, Telefonnummer und E-Mail-Adresse der Adoptionskandidaten;
3. Personenstand, Haushaltszusammensetzung, familiäres und soziales Umfeld der Adoptionskandidaten;
4. Informationen über das Adoptionsprojekt.

Art. 17 – Einschreibung zur Teilnahme an der Adoptionsvorbereitung

Um sich gemäß Artikel 29 Absatz 2 des Dekrets zur Teilnahme an der Adoptionsvorbereitung einschreiben zu können, legen die Adoptionskandidaten der ZBGA folgende Dokumente vor:

1. das in Artikel 16 erwähnte ausgefüllte Einschreibeformular;
2. eine Abschrift des belgischen Personalausweises oder des Reisepasses;
3. eine Abschrift der Haushaltszusammensetzung, die nicht älter als drei Monate ist;
4. wenn sie sich für eine zweite extrafamiliäre Adoption einschreiben, eine Abschrift des ersten Eignungsurteils;
5. wenn sie sich für eine intrafamiliäre Inlandsadoption einschreiben, eine Abschrift der Geburtsurkunde des vom Adoptionsverfahren betroffenen Kindes.

Art. 18 – Adoptionsvorbereitung

§1 – Gemäß Artikel 31 Absatz 2 des Dekrets kann die ZBGA die Adoptionsvorbereitung im Rahmen eines Vertrags ganz oder teilweise an Dritte übertragen, die mindestens folgende Bedingungen erfüllen:

1. sie verfügen über eine berufliche Erfahrung in der Ausbildung und Animation von Erwachsenengruppen;
2. sie verfügen über eine berufliche Erfahrung in den Bereichen Adoption, Kindheit oder Familie;
3. sie verfügen über ein grundlegendes Wissen des rechtlichen Rahmens der Adoption in Belgien, der psycho-sozialen Gegebenheiten und des internationalen Kontextes der Adoption.

Der in Absatz 1 erwähnte Vertrag enthält mindestens folgende Angaben und Unterlagen:

1. das Vorbereitungsprogramm;
2. die qualitativen und quantitativen Vorgaben zur Ausführung der Vorbereitung;
3. die Modalitäten der Finanzierung;
4. die Vorgaben zur Bewertung der Umsetzung des Vertrags;
5. die Vorgaben zum Datenschutz;
6. die Folgen bei Nichteinhaltung des Vertrags;
7. die Dauer des Vertrags.

Die ZBGA kann Dritte zulassen, die nicht die in Absatz 1 erwähnten Bedingungen erfüllen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung vorliegt.

§2 – Gemäß Artikel 31 Absatz 3 des Dekrets kann unter folgenden Bedingungen eine externe Adoptionsvorbereitung oder die Vorbereitung auf eine andere Form der Aufnahme von Kindern der Adoptionsvorbereitung der ZBGA ganz oder teilweise gleichgestellt werden:

1. Die Adoptionskandidaten reichen einen schriftlichen Antrag auf Gleichstellung bei der ZBGA ein. Dieser enthält folgende Angaben und Unterlagen:

- a) das in Artikel 16 erwähnte ausgefüllte Einschreibeformular;
- b) eine Abschrift des belgischen Personalausweises oder des Reisepasses;
- c) Angaben zum Organisator der Vorbereitung;
- d) eine Abschrift der Teilnahmebescheinigung;
- e) Informationen zum Vorbereitungsprogramm;
- f) Informationen über das Adoptionsprojekt;

2. Die externe Adoptionsvorbereitung oder die Vorbereitung auf eine andere Form der Aufnahme von Kindern sensibilisiert über psychologische, familiäre und relationale Herausforderungen der Aufnahme eines Kindes.

Die ZBGA prüft die Vollständigkeit des in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Antrags auf Gleichstellung sowie die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Informationen. Ist der Antrag vollständig, übermittelt die ZBGA den Adoptionskandidaten eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt die ZBGA die fehlenden Angaben beziehungsweise Unterlagen bei den Adoptionskandidaten an.

Die ZBGA entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags, ob die Adoptionsvorbereitung mit der der ZBGA ganz, teilweise oder nicht gleichgestellt wird. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Gleichstellung als verweigert.

Wird die durch die Adoptionskandidaten gefolgte Adoptionsvorbereitung der der ZBGA ganz gleichgestellt, stellt die ZBGA den Adoptionskandidaten die in Artikel 34 des Dekrets erwähnte Teilnahmebescheinigung zum Abschluss der Adoptionsvorbereitung aus.

Wird die durch die Adoptionskandidaten gefolgte Adoptionsvorbereitung der der ZBGA nur teilweise gleichgestellt, teilt die ZBGA den Adoptionskandidaten folgende Informationen mit:

1. die noch zu absolvierenden Teile der Adoptionsvorbereitung, um die in Artikel 34 Absatz 1 des Dekrets erwähnte Teilnahmebescheinigung zum Abschluss der Adoptionsvorbereitung zu erhalten;
2. die Kostenbeteiligung an den in Nummer 1 erwähnten noch zu absolvierenden Teilen der Adoptionsvorbereitung.

Art. 19 – Vorbereitung auf eine extrafamiliäre Adoption

§1 – Die Vorbereitung auf eine extrafamiliäre Adoption beinhaltet:

1. ein individuelles Vorgespräch mit dem Sozialdienst der ZBGA;
2. ein kollektives Vorbereitungsseminar;
3. ein individuelles Abschlussgespräch mit dem Sozialdienst der ZBGA.

Bei dem in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten individuellen Vorgespräch werden die Adoptionskandidaten über den Verlauf des in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten kollektiven Vorbereitungsseminars informiert.

Das in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte kollektive Vorbereitungsseminar umfasst Sensibilisierungsveranstaltungen, bei denen die Adoptionskandidaten über die rechtlichen, kontextuellen, kulturellen, ethischen und menschlichen Aspekte der Adoption informiert und für die psychologischen, familiären und relationalen Herausforderungen des Adoptionsverhältnisses sensibilisiert werden.

Bei dem in Absatz 1 Nummer 3 erwähnten individuellen Abschlussgespräch werden die Adoptionskandidaten über den weiteren Verlauf des Adoptionsverfahrens informiert.

§2 – Die Teilnahme an dem in §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten kollektiven

Vorbereitungsseminar ist auf 24 Personen begrenzt.

§3 – Die Dauer des in §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten kollektiven Vorbereitungsseminars beträgt mindestens 20 Stunden.

Die gesamte Vorbereitung auf eine extrafamiliäre Adoption muss innerhalb von vier Monaten ab dem Datum des Beginns des in §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten kollektiven Vorbereitungsseminars durchgeführt werden.

Wenn die Adoptionskandidaten an einer der geplanten Sensibilisierungsveranstaltungen abwesend sind oder auf ihren begründeten Antrag hin, kann die ZBGA diese Frist um höchstens zwölf Monate verlängern.

§4 – Die Kostenbeteiligung an der Vorbereitung auf eine extrafamiliäre Adoption beträgt 200 Euro pro Paar oder Einzelperson. Die Adoptionskandidaten überweisen den Betrag auf das von der ZBGA mitgeteilte Konto.

Der in Absatz 1 erwähnte Betrag wird am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindex angepasst. Als Referenz für diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 109,69 zum 1. Januar 2020, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

Art. 20 – Vorbereitung auf eine intrafamiliäre Inlandsadoption

§1 – Die Vorbereitung auf eine intrafamiliäre Inlandsadoption beinhaltet:

1. individuelle oder kollektive Sensibilisierungsveranstaltungen;
2. ein individuelles Abschlussgespräch mit dem Sozialdienst der ZBGA.

Bei den in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten individuellen oder kollektiven Sensibilisierungsveranstaltungen werden die Adoptionskandidaten über die rechtlichen und menschlichen Aspekte der Adoption informiert und für die psychologischen, familiären und relationalen Herausforderungen des Adoptionsverhältnisses sensibilisiert.

Bei dem in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten individuellen Abschlussgespräch werden die Adoptionskandidaten über den weiteren Verlauf des Adoptionsverfahrens informiert.

§2 – Die Teilnahme an den in §1 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten kollektiven Sensibilisierungsveranstaltungen ist auf 24 Personen begrenzt.

§3 – Die Dauer der Vorbereitung auf eine intrafamiliäre Inlandsadoption beträgt mindestens zwei Stunden.

§4 – Die Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten an der Vorbereitung auf eine intrafamiliäre Inlandsadoption beträgt 100 Euro pro Paar oder Einzelperson. Die Adoptionskandidaten überweisen den Betrag auf das von der ZBGA mitgeteilte Konto.

Der in Absatz 1 erwähnte Betrag wird am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindex angepasst. Als Referenz für diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 109,69 zum 1. Januar 2020, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

Art. 21 – Vorbereitung auf eine intrafamiliäre internationale Adoption

§1 – Die Vorbereitung auf eine intrafamiliäre internationale Adoption beinhaltet:

1. ein individuelles Vorgespräch mit dem Sozialdienst der ZBGA;
2. individuelle oder kollektive Sensibilisierungsveranstaltungen;
3. ein individuelles Abschlussgespräch mit dem Sozialdienst der ZBGA.

Bei dem in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten individuellen Vorgespräch prüft die ZBGA mit den Adoptionskandidaten ihr Adoptionsprojekt und die Situation des betroffenen Kindes, um sie so gut wie möglich über die tatsächlichen Erfolgsaussichten dieses Adoptionsprojekts zu informieren.

Bei den in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Sensibilisierungsveranstaltungen werden die Adoptionskandidaten über die rechtlichen und menschlichen Aspekte der Adoption informiert und für die psychologischen, familiären und relationalen Herausforderungen des Adoptionsverhältnisses sensibilisiert.

Bei dem in Absatz 1 Nummer 3 erwähnten individuellen Abschlussgespräch werden die Adoptionskandidaten über den weiteren Verlauf des Adoptionsverfahrens informiert.

§2 – Die Teilnahme an den in §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten kollektiven Sensibilisierungsveranstaltungen ist auf 24 Personen begrenzt.

§3 – Die Dauer der in §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten individuellen oder kollektiven Sensibilisierungsveranstaltungen beträgt mindestens sechs Stunden.

Die gesamte Vorbereitung auf eine intrafamiliäre internationale Adoption muss innerhalb von vier Monaten ab dem Datum des Beginns des in §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten kollektiven Vorbereitungsseminars durchgeführt werden. Wenn die Adoptionskandidaten an einer der geplanten Sensibilisierungsveranstaltungen abwesend sind oder auf ihren begründeten Antrag hin, kann die ZBGA diese Frist um höchstens zwölf Monate verlängern.

§4 – Die Teilnahme an den in §1 Absatz 1 Nummer 1 und 3 erwähnten individuellen Gesprächen ist kostenlos.

Die Kostenbeteiligung an den in §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Sensibilisierungsveranstaltungen beträgt 125 Euro pro Paar oder Einzelperson. Die Adoptionskandidaten überweisen den Betrag auf das von der ZBGA mitgeteilte Konto.

Der in Absatz 2 erwähnte Betrag wird am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindex angepasst. Als Referenz für diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 109,69 zum 1. Januar 2020, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

Art. 22 – Vorbereitung auf eine zweite Adoption

Die Vorbereitung auf eine zweite Adoption ist fakultativ und beinhaltet individuelle oder kollektive Sensibilisierungsveranstaltungen, bei denen die Adoptionskandidaten über die rechtlichen und menschlichen Aspekte der Adoption informiert und für die psychologischen, familiären und relationalen Herausforderungen des Adoptionsverhältnisses sensibilisiert werden.

Die Dauer der Vorbereitung auf eine zweite Adoption beträgt mindestens sechs Stunden.

In Abweichung von Absatz 1 ist das in Artikel 21 §1 Absatz 1 Nummer 1 erwähnte individuelle Vorgespräch verpflichtend für Adoptionskandidaten, die sich für eine zweite intrafamiliäre internationale Adoption einschreiben.

Die Teilnahme an der Vorbereitung auf eine zweite Adoption ist kostenlos.

Art. 23 – Vorbereitung auf eine Adoption eines Kindes mit einer Beeinträchtigung

Die Bestimmungen von Artikel 19 sind auf die Adoption eines Kindes mit einer Beeinträchtigung anwendbar.

Die ZBGA kann zusätzliche Sensibilisierungsveranstaltungen vorsehen. Diese sollen die Adoptionskandidaten auf die besonderen und spezifischen Bedürfnisse von Kindern mit einer Beeinträchtigung vorbereiten.

Die Teilnahme an den in Absatz 2 erwähnten zusätzlichen Sensibilisierungsveranstaltungen ist kostenlos.

Abschnitt 2 – Sozialuntersuchungen

Art. 24 – Sozialuntersuchung über die Eignung der Adoptionskandidaten für internationale Adoptionen oder extrafamiliäre Inlandsadoptionen

§1 – Gemäß Artikel 35 des Dekrets führt der Sozialdienst der ZBGA die durch das Familiengericht in Anwendung von Artikel 1231-1/4 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete Sozialuntersuchung über die Eignung der Adoptionskandidaten durch. Diese beinhaltet:

1. mindestens zwei Gespräche mit den Adoptionskandidaten;
2. drei Gespräche der Adoptionskandidaten mit einem Psychologen.

Eines der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Gespräche findet am Wohnort der Adoptionskandidaten statt. Sollte der Sozialdienst der ZBGA es für notwendig befinden, können zusätzliche Gespräche organisiert werden.

Der in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Psychologe wird durch die ZBGA bestellt und vervollständigt den in §5 erwähnten psychologischen Teil des Berichts über die Sozialuntersuchung.

§2 – Vor den in §1 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Gesprächen mit den Adoptionskandidaten übermitteln diese der ZBGA einen Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuchs. Adoptionskandidaten, die innerhalb der letzten fünf Jahre ihren Wohnsitz im Ausland hatten, übermitteln ein über die letzten fünf Jahre gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde.

§3 – Die Kostenbeteiligung an den in §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten psychologischen Gesprächen beträgt 200 Euro pro Adoptionskandidat. Die Adoptionskandidaten überweisen den Betrag auf das von der ZBGA mitgeteilte Konto.

Der in Absatz 1 erwähnte Betrag wird am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindex angepasst. Als Referenz für diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 109,69 zum 1. Januar 2020, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

§4 – Die Adoptionskandidaten übermitteln dem Sozialdienst der ZBGA das in Artikel 5 des Zusammenarbeitsabkommens erwähnte ausgefüllte ärztliche Attest. Dieses wird dem in §5 erwähnten Bericht über die Sozialuntersuchung beigelegt.

Die vom Arzt in Rechnung gestellten Kosten werden durch die Adoptionskandidaten getragen.

§5 – Der Sozialdienst der ZBGA erstellt den Bericht über die Sozialuntersuchung. Dieser beinhaltet einen sozialen, einen medizinischen und einen psychologischen Teil sowie die Schlussfolgerungen.

Art. 25 – Sozialuntersuchung zur Verlängerung des Eignungsurteils

Im Rahmen der in Artikel 1231-1/11 §3 des Gerichtsgesetzbuchs erwähnten Aktualisierung der Sozialuntersuchung, nach Erhalt der in Artikel 1231-1/9 Absatz 2 des Gerichtsgesetzbuchs erwähnten Bescheinigung über die Haushaltszusammensetzung und der in Artikel 1231-1/11 §1 des Gerichtsgesetzbuchs erwähnten Abschrift der Antragschrift, prüft der Sozialdienst der ZBGA die Situation der Adoptionskandidaten.

Geht aus der in Absatz 1 erwähnten Prüfung hervor, dass die Situation der Adoptionskandidaten keine Änderung erfahren hat, die Auswirkungen auf die im ursprünglichen Eignungsurteil festgestellte Eignung haben kann, setzt die ZBGA das Familiengericht darüber in Kenntnis und übermittelt ihm eine entsprechende Bescheinigung.

Geht aus der in Absatz 1 erwähnten Prüfung hervor, dass die Situation der Adoptionskandidaten eine Änderung erfahren hat, die Auswirkungen auf die im ursprünglichen Eignungsurteil festgestellte Eignung haben kann, führt der Sozialdienst der ZBGA eine Aktualisierung der Sozialuntersuchung durch. Diese beinhaltet mindestens ein Gespräch am Wohnort der Adoptionskandidaten.

Sollte der Sozialdienst der ZBGA es für notwendig befinden, werden zusätzliche Gespräche mit einem durch die ZBGA bestellten Psychologen organisiert. Diese Gespräche sind für die Adoptionskandidaten kostenlos.

Art. 26 – Sozialuntersuchung über die Eignung der Adoptionskandidaten für intrafamiliäre Inlandsadoptionen und über das Interesse des Kindes, adoptiert zu werden

§1 – Gemäß Artikel 35 und 36 §1 des Dekrets führt der Sozialdienst der ZBGA die durch das Familiengericht in Anwendung von Artikel 1231-6 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete Sozialuntersuchung über die Eignung der Adoptionskandidaten und über das Interesse des Kindes, adoptiert zu werden, durch. Diese beinhaltet:

1. ein Gespräch mit jedem leiblichen Elternteil des zu adoptierenden Kindes;
2. mindestens zwei Gespräche mit den Adoptionskandidaten;
3. drei Gespräche der Adoptionskandidaten mit einem Psychologen.

Bei dem in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Gespräch werden die leiblichen Eltern über die Adoption und die Folgen ihrer Zustimmung informiert und Angaben eingeholt, die erforderlich sind, um das Interesse des Kindes, adoptiert zu werden, zu beurteilen.

Eines der in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Gespräche findet am Wohnort der Adoptionskandidaten statt. Die Anwesenheit des zu adoptierenden Kindes ist an mindestens einem Gespräch erforderlich. Sollte der Sozialdienst der ZBGA es für notwendig befinden, werden zusätzliche Gespräche organisiert.

Der in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Psychologe wird durch die ZBGA bestellt und vervollständigt den in §6 Nummer 3 erwähnten Teil des Berichts über die Sozialuntersuchung.

§2 – Vor den in §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Gesprächen mit den

Adoptionskandidaten übermitteln diese der ZBGA einen Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuchs. Adoptionskandidaten, die innerhalb der letzten fünf Jahre ihren Wohnsitz im Ausland hatten, übermitteln ein über die letzten fünf Jahre gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde.

§3 – Die Kostenbeteiligung an den in §1 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten psychologischen Gesprächen beträgt 200 Euro pro Adoptionskandidat. Die Adoptionskandidaten überweisen den Betrag auf das von der ZBGA mitgeteilte Konto.

Der in Absatz 1 erwähnte Betrag wird am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindex angepasst. Als Referenz für diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 109,69 zum 1. Januar 2020, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

§4 – Gemäß Artikel 36 §2 des Dekrets können folgende Dienste um eine Stellungnahme gebeten werden:

1. die in Artikel 18 §1 Absatz 1 erwähnten Dritten;
2. die Dienste, die im Bereich der sozialen, sozial-psychologischen oder psychologischen Beratung sowie im Bereich der Begleitung von Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen tätig sind.

Kosten, die im Rahmen der in Absatz 1 erwähnten Stellungnahme anfallen, werden durch die ZBGA getragen.

§5 – Die Adoptionskandidaten übermitteln dem Sozialdienst der ZBGA das in Artikel 5 des Zusammenarbeitsabkommens erwähnte ausgefüllte ärztliche Attest. Dieses wird dem in §6 erwähnten Bericht über die Sozialuntersuchung beigelegt.

Die vom Arzt in Rechnung gestellten Kosten werden von den Adoptionskandidaten getragen.

§6 – Der Sozialdienst der ZBGA erstellt den Bericht über die Sozialuntersuchung. Dieser beinhaltet 3 Teile mit Informationen über:

1. das Kind;
2. die leiblichen Eltern;
3. die Adoptionskandidaten.

Art. 27 – Sozialuntersuchung über die Beurteilung der Fähigkeit des Kindes

Gemäß Artikel 37 des Dekrets führt der Sozialdienst der ZBGA die durch das Familiengericht in Anwendung von Artikel 1231-10 Absatz 1 Nummer 3 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete Sozialuntersuchung über die Beurteilung der Fähigkeit des Kindes, seine Meinung zum Adoptionsvorhaben zu äußern, durch. Diese beinhaltet mindestens ein Gespräch mit dem betroffenen Kind.

Im Rahmen des in Absatz 1 erwähnten Gesprächs:

1. wird das Kind über das Adoptionsvorhaben und die Folgen seiner Adoption informiert;
2. werden Angaben eingeholt, um beurteilen zu können, ob das Kind imstande ist, seine Meinung zum Adoptionsvorhaben zu äußern.

Sollte der Sozialdienst der ZBGA es für notwendig befinden, werden zusätzliche Gespräche mit einem durch die ZBGA bestellten Psychologen organisiert.

Der Sozialdienst der ZBGA erstellt den Bericht über die Sozialuntersuchung.

Art. 28 – Sozialuntersuchung im Rahmen eines Berufungsverfahrens

Gemäß Artikel 38 des Dekrets führt der Sozialdienst der ZBGA die durch die Familienkammer des Appellationshofes in Anwendung von Artikel 1231-55 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete Sozialuntersuchung im Rahmen eines Berufungsverfahrens durch. Diese beinhaltet mindestens ein Gespräch mit den betroffenen Personen.

Sollte der Sozialdienst der ZBGA es für notwendig befinden, werden zusätzliche Gespräche mit einem durch die ZBGA bestellten Psychologen organisiert. Die Kosten dieser Gespräche werden durch die betroffenen Personen getragen.

Der Sozialdienst der ZBGA erstellt den Bericht über die Sozialuntersuchung.

Art. 29 – Sozialuntersuchung über die Adoptierbarkeit des Kindes bei einer internationalen Adoption von Kindern mit gewöhnlichem Aufenthalt in Belgien

Gemäß Artikel 40 §1 des Dekrets führt der Sozialdienst der ZBGA die durch das Familiengericht in Anwendung von Artikel 1231-35 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete Sozialuntersuchung über die Adoptierbarkeit des Kindes durch. Diese beinhaltet mindestens ein Gespräch mit den Eltern des Kindes oder jeglicher anderen Person, die das Sorgerecht oder die elterliche Autorität über das zu adoptierende Kind ausübt.

Gemäß Artikel 40 §2 des Dekrets können die Dienste, die im Bereich der sozialen, sozialpsychologischen oder psychologischen Beratung sowie im Bereich der Begleitung von Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen tätig sind, um eine Stellungnahme gebeten werden.

Kosten, die im Rahmen der in Absatz 2 erwähnten Stellungnahme anfallen, werden durch die ZBGA getragen.

Der Sozialdienst der ZBGA erstellt den Bericht über die Sozialuntersuchung, dem die in Absatz 2 erwähnten Stellungnahmen beigelegt werden.

Abschnitt 3 – Adoptionsvermittlung über einen Adoptionsvermittlungsdienst

Unterabschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

Art. 30 – Konvention

§1 – Der Minister stellt das in Artikel 42 Absatz 2 des Dekrets erwähnte Muster der Konvention zur Verfügung, das mindestens folgende Angaben umfasst:

1. die Rechte und Pflichten des Adoptionsvermittlungsdienstes;
2. die Rechte und Pflichten der Adoptionskandidaten;
3. die Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung;
4. die Modalitäten der Aussetzung und der Beendigung der Konvention;
5. die Dauer der Konvention;
6. die Modalitäten zum Datenschutz.

§2 – Unter folgenden Bedingungen genehmigt die ZBGA den Adoptionskandidaten, die bereits eine Konvention für eine internationale extrafamiliäre Adoption mit einem Adoptionsvermittlungsdienst unterzeichnet haben, eine zweite Konvention mit demselben oder einem anderen Adoptionsvermittlungsdienst abzuschließen:

1. die erste Konvention betrifft die Adoption aus einem Staat oder Teilstaat, in dem die Adoptionsvermittlung eine außergewöhnliche und unvorhersehbare Dauer aufweist, oder
2. die zweite Konvention betrifft die Adoption von Kindern, die auf medizinischer, psychologischer oder sozialer Ebene besondere Bedürfnisse aufweisen.

Nach Erhalt und Zustimmung eines Kindervorschlags wird die andere Adoptionsvermittlung eingestellt. Dies wird in einem entsprechenden Nachtrag zu der ersten Konvention festgelegt.

Der Adoptionsvermittlungsdienst unterrichtet die zuständige ausländische Behörde des betroffenen Staats oder Teilstaats unverzüglich über die in Absatz 2 erwähnte Einstellung der Adoptionsvermittlung.

§3 – Schließen die Adoptionskandidaten eine zweite Konvention mit demselben Adoptionsvermittlungsdienst ab, ist die Durchführung der neuen psycho-medizinisch-sozialen Untersuchung und der Adoptionsvermittlung kostenlos.

Schließen die Adoptionskandidaten eine zweite Konvention mit einem anderen Adoptionsvermittlungsdienst ab, wird ihnen die bereits bezahlte Kostenbeteiligung an der psycho-medizinisch-sozialen Untersuchung und der Adoptionsvermittlung des ersten Adoptionsvermittlungsdienstes nicht zurückerstattet, mit Ausnahme der nicht verwendeten Kosten und der Kosten für die Adoptionsbegleitung und Nachbetreuung.

Art. 31 – Übermittlung des Kindervorschlags

Der in Artikel 43 des Dekrets erwähnte Kindervorschlag wird der ZBGA schriftlich übermittelt und enthält:

1. den in Artikel 14 erwähnten Bericht über das zu adoptierende Kind;
2. ein Foto des Kindes, insofern die Gesetzgebung des Herkunftsstaats dies zulässt;
3. die medizinischen Informationen über das Kind;
4. eine Abschrift der Dokumente, die sich auf die Identität des Kindes, seine Adoptierbarkeit und seine Unterbringung beziehen;
5. die Gründe für die Auswahl der Adoptionskandidaten.

Das in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Foto des Kindes wird den Adoptionskandidaten erst nach Zustimmung des Kindervorschlags gezeigt.

Unterabschnitt 2 – Extrafamiliäre Inlandsadoption

Art. 32 – Kostenbeteiligung

Die in Artikel 44 §4 Absatz 4 des Dekrets erwähnte Kostenbeteiligung an der psycho-medizinisch-sozialen Untersuchung beträgt höchstens 900 Euro pro Paar oder Einzelperson.

Die in Artikel 44 §4 Absatz 4 des Dekrets erwähnte Kostenbeteiligung an der Adoptionsvermittlung beträgt höchstens 4.100 Euro pro Paar oder Einzelperson.

Die Adoptionskandidaten überweisen die in Absatz 1 und 2 erwähnten Beträge auf das von dem Adoptionsvermittlungsdienst mitgeteilte Konto.

Die in Absatz 1 und 2 erwähnten Beträge werden am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindex angepasst. Als Referenz für

diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 109,69 zum 1. Januar 2020, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

Unterabschnitt 3 – Extrafamiliäre internationale Adoption

Art. 33 – Kostenbeteiligung

Die in Artikel 45 §4 Absatz 4 des Dekrets erwähnte Kostenbeteiligung an der psychomedizinisch-sozialen Untersuchung beträgt höchstens 900 Euro pro Paar oder Einzelperson.

Die in Artikel 45 §4 Absatz 4 des Dekrets erwähnte Kostenbeteiligung an der Adoptionsvermittlung beträgt höchstens 3.100 Euro pro Paar oder Einzelperson.

Die Adoptionskandidaten überweisen die in Absatz 1 und 2 erwähnten Beträge auf das von dem Adoptionsvermittlungsdienst mitgeteilte Konto.

Die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Beträge werden am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindexes angepasst. Als Referenz für diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 109,69 zum 1. Januar 2020, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

Art. 34 – Bericht über die Adoptionskandidaten

Der in Artikel 45 §5 Absatz 2 Nummer 2 des Dekrets erwähnte Bericht über die Adoptionskandidaten enthält mindestens folgende Angaben:

1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatut der Adoptionskandidaten;
2. Personenstand, Haushaltszusammensetzung, familiäres und soziales Umfeld und Muttersprache der Adoptionskandidaten;
3. Name, Vorname, Geschlecht und Geburtsdatum der leiblichen Kinder der Adoptionskandidaten;
4. Informationen zur Familiengeschichte der Adoptionskandidaten;
5. Informationen über das Adoptionsprojekt;
6. Informationen über die Eignung der Adoptionskandidaten;
7. medizinische und psychologische Informationen über die Adoptionskandidaten;
8. Wohnort, Telefonnummer und E-Mail-Adresse der Adoptionskandidaten.

Die ZBGA genehmigt den in Absatz 1 erwähnten Bericht, bevor er gemäß Artikel 45 §5 Absatz 2 Nummer 2 des Dekrets durch den Adoptionsvermittlungsdienst den zuständigen ausländischen Behörden übermittelt wird.

Abschnitt 4 – Adoptionsvermittlung über die ZBGA

Art. 35 – Kostenbeteiligung

Die in Artikel 49 §2 Absatz 1 des Dekrets erwähnte Kostenbeteiligung beträgt 1.000 Euro pro Paar oder Einzelperson. Die Adoptionskandidaten überweisen den Betrag auf das von der ZBGA mitgeteilte Konto.

Der in Absatz 1 erwähnte Betrag wird am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindexes angepasst. Als Referenz für diese

Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 109,69 zum 1. Januar 2020, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

Beauftragt die ZBGA gemäß Artikel 50 Absatz 1 des Dekrets einen Adoptionsvermittlungsdienst mit der Weiterführung der Adoptionsvermittlung, erstattet sie den Adoptionskandidaten den in Absatz 1 erwähnten Betrag zurück.

Art. 36 – Konvention

Der Minister stellt das in Artikel 50 Absatz 2 des Dekrets erwähnte Muster der Konvention zur Verfügung, das mindestens folgende Angaben umfasst:

1. die Rechte und Pflichten der ZBGA;
2. die Rechte und Pflichten der Adoptionskandidaten;
3. die Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung;
4. die Modalitäten der Aussetzung und der Beendigung der Konvention;
5. die Dauer der Konvention;
6. die Modalitäten zum Datenschutz.

Art. 37 – Bericht über die Adoptionskandidaten

§1 - Die ZBGA erstellt den in Artikel 51 Nummer 2 des Dekrets erwähnten Bericht über die Adoptionskandidaten. Dieser enthält mindestens folgende Angaben:

1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatut der Adoptionskandidaten;
2. Personenstand, Haushaltszusammensetzung, familiäres und soziales Umfeld und Muttersprache der Adoptionskandidaten;
3. Name, Vorname, Geschlecht und Geburtsdatum der leiblichen Kinder der Adoptionskandidaten;
4. Informationen zur Familiengeschichte der Adoptionskandidaten;
5. Informationen über das Adoptionsprojekt;
6. Informationen über die Eignung der Adoptionskandidaten;
7. medizinische und psychologische Informationen über die Adoptionskandidaten;
8. Wohnort, Telefonnummer und E-Mail-Adresse der Adoptionskandidaten.

§2 - Im Rahmen einer intrafamiliären internationalen Adoption enthält der in §1 erwähnte Bericht zusätzlich mindestens folgende Angaben und Unterlagen über:

1. das zu adoptierende Kind:
 - a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatut;
 - b) familiäres und soziales Umfeld;
 - c) Informationen zur Familiengeschichte;
 - d) Wohnort, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
2. die leiblichen Eltern des zu adoptierenden Kindes:
 - a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatut;
 - b) Personenstand, Haushaltszusammensetzung, familiäres und soziales Umfeld und Muttersprache;
 - c) Informationen zur Familiengeschichte;
 - d) Wohnort, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
3. das Verhältnis der Adoptionskandidaten mit dem zu adoptierenden Kind.

Abschnitt 5 – Regularisierung von Adoptionen

Art. 38 – Kostenbeteiligung

Die in Artikel 53 des Dekrets erwähnte Kostenbeteiligung beträgt 500 Euro pro Paar oder Einzelperson. Die Adoptionskandidaten überweisen den Betrag auf das von der ZBGA mitgeteilte Konto.

Der in Absatz 1 erwähnte Betrag wird am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindex angepasst. Als Referenz für diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 109,69 zum 1. Januar 2020, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

Abschnitt 6 – Internationale Adoption von Kindern mit gewöhnlichem Aufenthalt in Belgien

Art. 39 – Bericht über das zu adoptierende Kind

Der in Artikel 54 §3 Nummer 3 des Dekrets erwähnte Bericht über das Kind wird durch die ZBGA erstellt und enthält mindestens folgende Angaben und Unterlagen:

1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort und Aufenthaltsstatut des Kindes;
2. Informationen zur Adoptierbarkeit des Kindes;
3. Informationen zum familiären und sozialen Umfeld des Kindes;
4. Informationen zum Verhalten des Kindes, seiner persönlichen Entwicklung sowie der Entwicklung seiner Familie;
5. Informationen zum Gesundheitszustand des Kindes sowie zu seiner körperlichen Entwicklung nach der Geburt;
6. Informationen zum Gesundheitszustand der leiblichen Eltern sowie zur Schwangerschaft und zur Entbindung;
7. Informationen zu den besonderen Bedürfnissen des Kindes auf medizinischer, psychologischer, affektiver, rechtlicher und administrativer Ebene.

Abschnitt 7 – Adoptionsbegleitung und Nachbetreuung

Art. 40 – Adoptionsbegleitung

§1 – Die ZBGA prüft die Anfragen der Adoptierenden, der Adoptierten oder der leiblichen Eltern auf Adoptionsbegleitung. Zu diesem Zweck führt sie mit den anfragenden Personen mindestens ein Gespräch, bei dem der Bedarf besprochen wird.

Geht aus der in Absatz 1 erwähnten Prüfung hervor, dass eine externe Beratung oder Unterstützung erforderlich ist, kann die ZBGA gemäß Artikel 55 Absatz 3 des Dekrets Dienste und Personen, die im Bereich der sozialen, sozial-psychologischen oder psychologischen Beratung sowie im Bereich der Begleitung von Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen tätig sind mit der teilweisen oder vollständigen Durchführung der Adoptionsbegleitung beauftragen.

Die Modalitäten der in Absatz 2 erwähnten teilweisen oder vollständigen Durchführung der Adoptionsbegleitung werden in einer Vereinbarung zwischen der ZBGA, den in Absatz 1 erwähnten anfragenden Personen und den in Absatz 2 erwähnten Diensten und Personen festgehalten.

§2 – Die von der ZBGA durchgeführte Adoptionsbegleitung ist für die Adoptionskandidaten kostenlos.

Die Kosten, die im Rahmen der in §1 Absatz 2 erwähnten Adoptionsbegleitung entstehen, werden durch die Adoptierenden, die Adoptierten oder die leiblichen Eltern getragen. Sie können auf begründeten Antrag der Adoptierenden, der Adoptierten oder der leiblichen Eltern hin durch die ZBGA übernommen werden.

Art. 41 – Nachbetreuung

§1 – Erfordert die Nachbetreuung des adoptierten Kindes und der Adoptierenden eine externe Beratung oder Unterstützung, kann die ZBGA gemäß Artikel 56 Absatz 3 des Dekrets Dienste und Personen, die im Bereich der sozialen, sozial-psychologischen oder psychologischen Beratung sowie im Bereich der Begleitung von Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen tätig sind mit der teilweisen oder vollständigen Durchführung der Nachbetreuung beauftragen.

Die Modalitäten der in Absatz 2 erwähnten teilweisen oder vollständigen Durchführung der Nachbetreuung werden in einer Vereinbarung zwischen der ZBGA, den Adoptierenden und den in Absatz 1 erwähnten Diensten und Personen festgehalten.

§2 – Die von der ZBGA durchgeführte Nachbetreuung ist für die Adoptionskandidaten kostenlos.

Die Kosten, die im Rahmen der in §1 Absatz 1 erwähnten Nachbetreuung entstehen, werden durch die Adoptierenden getragen. Sie können auf begründeten Antrag der Adoptierenden hin durch die ZBGA übernommen werden.

Wird die Nachbetreuung gemäß Artikel 56 Absatz 2 des Dekrets von einem Adoptionsvermittlungsdienst durchgeführt, wird die Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten an der Nachbetreuung in der in Artikel 36 erwähnten Konvention festgelegt. Diese beträgt höchstens 650 Euro pro Paar oder Einzelperson.

Der in Absatz 3 erwähnte Betrag wird am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindex angepasst. Als Referenz für diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 109,69 zum 1. Januar 2020, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

KAPITEL 5 – DATENSCHUTZ

Art. 42 – Verarbeitung personenbezogener Daten

§1 – Gemäß Artikel 60 des Dekrets können das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist, und die Adoptionsvermittlungsdienste für die in Artikel 61 des Dekrets erwähnte Dauer folgende Daten verarbeiten in Bezug auf:

1. die Adoptierten:

a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthaltsstatut, Haushaltszusammensetzung, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;

b) familiäres und soziales Umfeld, Familiengeschichte;

c) soziale und administrative Situation;

d) Verhalten, persönliche Entwicklung;

e) Gesundheitszustand, psychologische und körperliche Entwicklung;

2. die Adoptionskandidaten:

- a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthaltsstatut, Haushaltszusammensetzung, Personenstand, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;
- b) Schulabschluss, Ausbildung, Studiennachweise;
- c) Sprachkenntnisse;
- d) familiäres Umfeld, Familiengeschichte;
- e) soziales Umfeld, berufliche Situation, finanzielle Ressourcen;
- f) Interessen, Hobbies, Vereinsleben;
- g) Gesundheitszustand, psychologische und körperliche Entwicklung;
- h) rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen;
- i) strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten;

3. die leiblichen Eltern:

- a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthaltsstatut, Haushaltszusammensetzung, Personenstand, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;
- b) familiäres Umfeld, Familiengeschichte;
- c) soziales Umfeld, berufliche Situation, finanzielle Ressourcen;
- d) Gesundheitszustand.

§2 – Im Auftrag des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist, können die in Artikel 18 §1 Absatz 1 erwähnten Dritten für die in Artikel 61 des Dekrets erwähnte Dauer folgende Daten in Bezug auf die Adoptionskandidaten verarbeiten:

- 1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthaltsstatut, Haushaltszusammensetzung, Personenstand, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;
- 2. familiäres und soziales Umfeld, Familiengeschichte.

§3 – Im Auftrag des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist, können die in Artikel 26 §4 Nummer 2, 29 Absatz 2, 40 §1 Absatz 2 und 41 §1 Absatz 1 erwähnten Dienste und Personen für die in Artikel 61 des Dekrets erwähnte Dauer folgende Daten verarbeiten in Bezug auf:

1. die Adoptierten:

- a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthaltsstatut, Haushaltszusammensetzung, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;
- b) familiäres und soziales Umfeld, Familiengeschichte;
- c) soziale und administrative Situation;
- d) Verhalten, persönliche Entwicklung;
- e) Gesundheitszustand, psychologische und körperliche Entwicklung;

2. die Adoptionskandidaten:

- a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthaltsstatut, Haushaltszusammensetzung, Personenstand, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;
- b) Schulabschluss, Ausbildung, Studiennachweise;
- c) Sprachkenntnisse;
- d) familiäres Umfeld, Familiengeschichte;
- e) soziales Umfeld, berufliche Situation, finanzielle Ressourcen;
- f) Interessen, Hobbies, Vereinsleben;
- g) Gesundheitszustand, psychologische und körperliche Entwicklung;
- h) rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen;

i) strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten;

3. die leiblichen Eltern:

a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthaltsstatut, Haushaltszusammensetzung, Personenstand, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;

b) familiäres Umfeld, Familiengeschichte;

c) soziales Umfeld, berufliche Situation, finanzielle Ressourcen;

d) Gesundheitszustand.

§4 – Im Auftrag des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist, können die in Artikel 24 §1 Absatz 1 Nummer 2, 25 Absatz 4, 26 §1 Absatz 1 Nummer 3 und 28 Absatz 2 erwähnten Psychologen für die in Artikel 61 des Dekrets erwähnte Dauer folgende Daten in Bezug auf die Adoptionskandidaten verarbeiten:

1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthaltsstatut, Haushaltszusammensetzung, Personenstand, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;

2. familiäres und soziales Umfeld, Familiengeschichte;

3. psychologische Entwicklung.

§5 – Im Auftrag des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist, kann der in Artikel 27 Absatz 3 erwähnte Psychologe für die in Artikel 61 des Dekrets erwähnte Dauer folgende Daten in Bezug auf die Adoptierten verarbeiten:

1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthaltsstatut, Haushaltszusammensetzung, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;

2. familiäres und soziales Umfeld, Familiengeschichte;

3. Verhalten, persönliche Entwicklung;

4. psychologische Entwicklung.

§6 – Im Auftrag des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist, können die in Artikel 35 Absatz 3, 36 Absatz 2 und 38 Absatz 2 des Dekrets erwähnten Honorarkräfte für die in Artikel 61 des Dekrets erwähnte Dauer folgende Daten in Bezug auf die Adoptionskandidaten verarbeiten:

1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthaltsstatut, Haushaltszusammensetzung, Personenstand, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;

2. Schulabschluss, Ausbildung, Studiennachweise;

3. Sprachkenntnisse;

4. familiäres Umfeld, Familiengeschichte;

5. soziales Umfeld, berufliche Situation, finanzielle Ressourcen;

6. Interessen, Hobbies, Vereinsleben;

7. Gesundheitszustand, psychologische und körperliche Entwicklung;

8. rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen;

9. strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten.

§7 – Im Auftrag des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist, können die in Artikel 37 Absatz 2 des Dekrets erwähnten Honorarkräfte folgende Daten für die in Artikel 61 des Dekrets erwähnte Dauer in Bezug auf die Adoptierten verarbeiten:

1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Aufenthaltsstatut, Haushaltszusammensetzung, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;

2. familiäres und soziales Umfeld, Familiengeschichte;

3. soziale und administrative Situation;
4. Verhalten, persönliche Entwicklung;
5. Gesundheitszustand, psychologische und körperliche Entwicklung.

KAPITEL 6 – RECHT AUF ZUGANG ZU HERKUNFTSINFORMATIONEN

Art. 43 – Zugangsrecht

§1 – Das Zugangsrecht besteht darin, dass der Adoptierte oder, im Todesfall des Adoptierten, seine Nachkommen, ein Aktenstück bei der ZBGA oder einem Adoptionsvermittlungsdienst einsehen, Erklärungen zu diesem Aktenstück erhalten und davon eine Abschrift erhalten können.

Wenn es sich um ein Aktenstück handelt, das eine Einschätzung oder Beurteilung über eine namentlich bezeichnete oder einfach zu identifizierende natürliche Person enthält, oder die Beschreibung eines Verhaltens, dessen Verbreitung dieser Person offensichtlich Schaden zufügen kann, müssen die in Absatz 1 erwähnten Personen ihr persönliches und direktes Interesse an dem Aktenstück schriftlich rechtfertigen.

§2 – Die Einsicht in ein Aktenstück, diesbezügliche Erklärungen oder eine Abschrift dieses Aktenstücks erfolgen auf schriftlichen Antrag, der an die ZBGA oder den Adoptionsvermittlungsdienst, der über die Akte verfügt, zu richten ist.

Hat der Adoptierte das Alter von 18 Jahren nicht erreicht, werden die Adoptierenden von der ZBGA oder dem Adoptionsvermittlungsdienst über den Antrag informiert.

Die ZBGA oder der Adoptionsvermittlungsdienst überprüfen den Antrag binnen einer Frist von 45 Tagen ab dessen Eingang.

Wird der Antrag genehmigt, werden dem Antragsteller binnen einer Frist von 14 Tagen Ort und Zeitpunkt für die Einsicht mitgeteilt.

Wird der Antrag abgelehnt, werden dem Antragsteller binnen einer Frist von 14 Tagen die Gründe der Ablehnung mitgeteilt.

In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Alle Anträge werden in einem Register festgehalten.

§3 – Der Adoptierte kann sich bei der Einsicht von einer volljährigen Vertrauensperson seiner Wahl begleiten lassen.

KAPITEL 7 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 44 – Aufhebungsbestimmung

Der Erlass der Regierung vom 28. September 2006 zur Adoption, abgeändert durch den Erlass vom 19. Januar 2011, wird aufgehoben.

Art. 45 – Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in Kraft.

Art. 46 – Durchführungsbestimmung

Der Minister für Soziales wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

Antonios
Antoniadis

Digital unterschrieben
von Antonios
Antoniadis
Datum: 2021.01.13
11:20:02 +01'00'

A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[Nummer Erlassregister]

Voorontwerp van een besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen, artikel 5, tweede lid, artikel 11, 5° en 6°, artikel 12, § 1, tweede lid, en § 4, artikel 13, tweede lid, artikel 14, § 1, eerste lid, § 2 en § 3, tweede lid, artikel 15, tweede lid, artikel 16, artikel 18, tweede lid, artikel 20, § 1, vierde lid, artikel 23, § 2, artikel 25, § 1, derde lid, artikel 27, § 2, derde lid, artikel 28, derde lid, artikel 29, tweede lid, artikel 31, tweede en derde lid, artikel 33, § 1 en § 2, eerste lid, artikel 35, vierde lid, artikel 36, § 1, derde lid, en § 2, artikel 37, derde lid, artikel 38, derde lid, artikel 40, § 1, tweede lid, en § 2, artikel 42, tweede lid, artikel 43, artikel 44, § 4, vierde lid, artikel 45, § 4, vierde lid, en § 5, tweede lid, 2°, artikel 49, § 2, eerste lid, artikel 50, derde lid, artikel 51, 2°, artikel 53, artikel 54, § 3, 3°, artikel 55, derde en vierde lid, artikel 56, derde en vierde lid, artikel 60, derde lid, en artikel 62, vijfde lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 september 2006 betreffende de adoptie;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op [datum];

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. [datum];

Gelet op het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op [datum];

Gelet op advies [nummer] van de Raad van State, gegeven op [datum], met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Definities

Naast de definities vermeld in artikel 3 van het decreet wordt voor de toepassing van dit besluit verstaan onder:

1° decreet: het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen;

2° departement: het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor adoptie;

3° Minister: de minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is voor adoptie;

4° Samenwerkingsakkoord: het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie.

Art. 2 – Nadere regels voor ondersteuning bij taalproblemen

Kandidaat-adoptanten die bij een adoptiedienst van een andere Belgische autoriteit op taalproblemen stuiten, kunnen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, bij de ZBGA een aanvraag tot overname van de volgende kosten indienen:

1° tolkkosten die ontstaan in het kader van de samenwerking met de adoptiedienst;

2° kosten voor de vertaling van documenten, voor zover die vertaling door de adoptiedienst geëist wordt.

Het formulier voor de aanvraag vermeld in het eerste lid wordt ter beschikking gesteld door de ZBGA.

HOOFDSTUK 2 – ADOPTIEDIENSTEN

Afdeling 1 – Erkenning

Art. 3 – Kwalificatie van het personeel

Het diensthoofd van de adoptiedienst heeft minstens een bachelordiploma uit een sociale richting of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift en minstens drie jaar beroepservaring in de sociale sector.

De maatschappelijk werkers van de adoptiedienst hebben minstens een bachelordiploma uit een sociale richting of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift.

De psychologen van de adoptiedienst hebben minstens een bachelordiploma psychologie of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift.

De administratief medewerkers van de adoptiedienst hebben minstens het getuigschrift van het hoger secundair algemeen of technisch onderwijs of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen of als er een bevestigd gebrek aan personeel is voor de vereiste kwalificatie. De Minister beslist na een advies van het departement binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Art. 4 – Infrastructuur en werkwijze

De infrastructuur van de adoptiedienst is van dien aard dat de uitvoering van de diensten ver-

meld in artikel 24, §§ 2 en 3, artikel 25, § 1, en de artikelen 26, 44, 45, 50, 51, 55, 56 en 62 van het decreet wordt gewaarborgd en dat de bescherming van de persoonlijke levenssfeer van de kandidaat-adoptanten, families van herkomst, adoptanten en geadopteerden wordt gewaarborgd.

De adoptiediensten zijn minstens negentien uur per week bereikbaar, gespreid over drie dagen per week.

Art. 5 – Erkenningsprocedure

§ 1 – Een vereniging zonder winstoogmerk of een publiekrechtelijke rechtspersoon die erkend wil worden als adoptiedienst, dient daartoe een schriftelijke aanvraag in bij het departement.

§ 2 – Bij de aanvraag worden minstens de volgende stukken en gegevens gevoegd:

1° de statuten van de vereniging zonder winstoogmerk of van de publiekrechtelijke rechtspersoon;

2° de beschrijving van de infrastructuur;

3° de beschrijving van de werkwijze, welke beschrijving minstens de volgende inlichtingen bevat:

a) de organisatiestructuur;

b) de criteria voor kwaliteitsbewaking;

c) de missie en visie;

d) de aanpak in het kader van de adoptiebemiddeling, de adoptiebegeleiding en de nazorg;

4° de identiteit, kwalificaties en ervaringen, de eensluidend verklaarde kopieën van de studiegetuigschriften en een uittreksel uit het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering voor de leden van het leidinggevend orgaan en voor het aangestelde personeel;

5° een aanvraag tot organisatie van binnenlandse adopties, interlandelijke adopties of beide vormen van adoptie, waarbij - in het geval van interlandelijke adopties - de vermoedelijke samenwerkingspartner moet worden vermeld.

De aanvraag wordt per post of elektronisch ingediend. Het departement bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig kalenderdagen. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

§ 3 – Het departement onderzoekt of de ingediende aanvraag om erkenning volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken en gegevens. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt het departement de aanvrager een bevestiging. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de ontbrekende gegevens of - naargelang van het geval - de ontbrekende stukken aan bij de aanvrager.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, beslist de Minister of de erkenning wordt toegekend of wordt geweigerd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

De beslissing over de toekenning of weigering van de erkenning wordt onmiddellijk aan de adoptiedienst bezorgd.

§ 4 – Een wijziging van de stukken en gegevens vermeld in § 2, eerste lid, moet vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dient de adoptiedienst een schriftelijke aanvraag in bij het departement. Het departement onderzoekt of een afwijking gerechtvaardigd is en bezorgt de Minister een advies binnen zestig dagen na ontvangst van de aanvraag. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, beslist de Minister of de wijziging wordt goedgekeurd of wordt geweigerd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, wordt de wijziging als geweigerd beschouwd.

De beslissing over de goedkeuring of weigering van de wijziging wordt onmiddellijk aan de adoptiedienst bezorgd.

Het departement legt elke goedkeuring of weigering van de wijziging, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

§ 5 – Om de erkenning te verlengen, dient de adoptiedienst overeenkomstig § 1 een nieuwe aanvraag in bij het departement en dit uiterlijk drie maanden voordat de erkenning afloopt.

De aanvraag bevat de stukken en gegevens vermeld in § 2, eerste lid, voor zover die verschillen van de stukken en gegevens in de oorspronkelijke aanvraag.

Het departement onderzoekt de ingediende aanvraag overeenkomstig de bepalingen van § 3.

§ 6 – Indien de erkenning geweigerd wordt of indien de wijziging geweigerd wordt, kan de adoptiedienst beroep instellen bij de Regering. Het beroep is niet opschortend.

De adoptiedienst zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, aangetekend of tegen ontvangstbewijs aan de Regering en dit binnen 21 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na het verzenden van de in § 3, vierde lid, vermelde beslissing waarbij de erkenning geweigerd wordt of van de in § 4, vierde lid, vermelde beslissing waarbij de wijziging geweigerd wordt.

De Regering beslist binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, of het beroep ontvankelijk is. Indien binnen de gestelde termijn geen uitspraak wordt gedaan, geldt de beslissing waartegen beroep werd ingesteld als bevestigd.

De Regering licht het departement over het beroep in. Het departement deelt zijn standpunt mee aan de Regering binnen een door de Regering gestelde termijn.

Art. 6 – Behoud van de erkenning

Voor het behoud van de erkenning vermeld in artikel 13 van het decreet komen de erkende adoptiediensten minstens de volgende verdere verplichtingen na:

1° ze vervullen hun taken en verrichten hun diensten zonder discriminatie en met respect ten aanzien van de betrokkenen en ten aanzien van hun persoonlijke levenssfeer en gezinsleven;

2° ze houden een individueel dossier bij voor elke adoptiekandidaat en voor elk ter adoptie voorgesteld kind;

3° met behoud van de toepassing van de bepalingen inzake gegevensbescherming en het be-

roepsgeheim verlenen ze de medewerkers van de ZBGA toegang tot de individuele dossiers vermeld in 2°;

4° op het einde van elk kwartaal bezorgen ze de ZBGA een afschrift van hun wachtlijsten van de kandidaat-adoptanten;

5° ze bezorgen de ZBGA elk jaar tegen 1 mei een activiteitenverslag over de uitvoering van hun taken in het voorgaande jaar;

6° ze aanvaarden een controle ter plaatse door het departement;

7° ze stellen het departement op de hoogte van elke gebeurtenis die aanzienlijke uitwerkingen kan hebben op de adoptiedienst of op de ZBGA of die het aanzien van de Duitstalige Gemeenschap zou kunnen schaden;

8° ze informeren de ZBGA over elke nieuwe overeenkomst als vermeld in artikel 42 van het decreet en over elke wijziging van die overeenkomst;

9° ze doen een beroep op extern advies, als een specifieke situatie dat vereist;

10° ze zorgen ervoor dat het aangesteld personeel deelneemt aan bijscholingen en supervisies;

11° ze nemen deel aan coördinatievergaderingen met de ZBGA;

12° ze delen elke wijziging van de internationale samenwerking vermeld in artikel 20 van het decreet onmiddellijk mee aan de ZBGA.

Art. 7 – Schorsing van de erkenning

§ 1 – Indien de adoptiedienst de verplichtingen vervat in het decreet of in dit besluit niet nakomt, maant het departement hem aan om die verplichtingen binnen dertig dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan de adoptiedienst, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, het departement vragen om de termijn eenmaal met hoogstens dertig dagen te verlengen.

Het departement licht de Minister in over de niet-nakoming.

§ 2 – Indien de adoptiedienst na de aanmaning vermeld in § 1, eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, wordt de erkenning, op basis van een advies van het departement, door de Minister geschorst.

Vóór de schorsing deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan de betrokken adoptiedienst. Deze kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt geschorst en voor hoe lang.

De beslissing over de schorsing van de erkenning wordt onmiddellijk aan de adoptiedienst bezorgd.

§ 3 – Aan de personen die al een beroep deden op de adoptiebemiddeling voordat de beslissing tot schorsing van de erkenning ter kennis werd gebracht, deelt de adoptiedienst zo snel mogelijk schriftelijk mee waarom de erkenning wordt geschorst.

§ 4 – Tijdens de duur van de schorsing van de erkenning biedt de adoptiedienst geen nieuwe diensten meer aan.

Tijdens de duur van de schorsing van de erkenning worden geen subsidies meer uitbetaald aan de adoptiedienst voor zijn diensten.

§ 5 – Indien de adoptiedienst de verplichtingen nakomt, maakt de Minister een einde aan de schorsing van de erkenning en kan hij de tussentijds niet uitbetaalde subsidies terugwerkend uitbetalen.

§ 6 – Indien de erkenning geschorst wordt, kan de adoptiedienst beroep instellen bij de Regering. Het beroep is niet opschortend.

De adoptiedienst zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, aangetekend of tegen ontvangstbewijs aan de Regering en dit binnen 21 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na het verzenden van de in § 2, vierde lid, vermelde beslissing waarbij de erkenning wordt geschorst.

De Regering beslist binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, of het beroep ontvankelijk is. Indien binnen de gestelde termijn geen uitspraak wordt gedaan, geldt de beslissing waartegen beroep werd ingesteld als bevestigd.

De Regering licht het departement over het beroep in. Het departement deelt zijn standpunt mee aan de Regering binnen een door de Regering gestelde termijn.

Art. 8 – Intrekking van de erkenning

§ 1 – Indien de adoptiedienst na het verstrijken van de schorsing van de erkenning vermeld in artikel 7, § 2, derde lid, zijn verplichtingen nog altijd niet nakomt, trekt de Minister zijn erkenning in op basis van een advies van het departement.

Vóór de intrekking van de erkenning deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan de betrokken adoptiedienst. Deze kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt ingetrokken.

De beslissing over de intrekking van de erkenning wordt onmiddellijk aan de adoptiedienst bezorgd.

§ 2 – Aan de personen die al een beroep deden op de adoptiebemiddeling voordat een intrekkingprocedure werd ingesteld, deelt de adoptiedienst zo snel mogelijk schriftelijk mee waarom een intrekkingprocedure wordt ingesteld.

§ 3 – Met de intrekking van de erkenning wordt de subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

§ 4 – Indien de erkenning ingetrokken wordt, kan de adoptiedienst beroep instellen bij de Regering. Het beroep is niet opschortend.

De adoptiedienst zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, aangetekend of tegen ontvangstbewijs aan de Regering en dit binnen 21 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na het verzenden van de in § 1, vierde lid, vermelde beslissing waarbij de erkenning wordt ingetrokken.

De Regering beslist binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, of het beroep ontvankelijk is. Indien binnen de gestelde termijn geen uitspraak wordt gedaan, geldt de beslissing waartegen beroep werd ingesteld als bevestigd.

De Regering licht het departement over het beroep in. Het departement deelt zijn standpunt mee aan de Regering binnen een door de Regering gestelde termijn.

Art. 9 – Beëindiging van de adoptiebemiddeling

De adoptiedienst deelt elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van zijn diensten die niet aan een intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 8 te wijten is, schriftelijk mee aan het departement. Een uitzondering daarop vormen vakantieperioden en feestdagen.

De adoptiedienst deelt zijn voornemen minstens drie maanden voor de geplande tijdelijke stopzetting en zes maanden voor de geplande definitieve stopzetting schriftelijk mee aan de Minister.

De definitieve stopzetting heeft tot gevolg dat de erkenning van rechtswege wordt ingetrokken en dat de eventuele subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap wordt beëindigd.

De adoptiedienst waarvan de erkenning ingetrokken werd of afgelopen is of de adoptiedienst die zijn diensten tijdelijk stopzet, neemt in overleg met de ZBGA alle passende maatregelen om in het belang van de betrokkenen de continuïteit van de adoptiebemiddelingen te waarborgen.

Afdeling 2 - Subsidiëeringsvoorwaarden en overeenkomst

Art. 10 – Subsidiëeringsvoorwaarden

Om de subsidie vermeld in artikel 16 van het decreet te kunnen ontvangen, moet de erkende adoptiedienst minstens samengesteld zijn uit:

- 1° één dienstverrichter;
- 2° een multidisciplinair team dat bestaat uit één of meer maatschappelijk werkers en uit één of meer psychologen;
- 3° een administratie die bestaat uit één of meer medewerkers.

Art. 11 – Overeenkomst

De overeenkomst vermeld in artikel 18 van het decreet die tussen de Regering en de erkende adoptiedienst wordt gesloten, bevat minstens de volgende gegevens:

- 1° de beschrijving van de uit te voeren diensten;
- 2° de gebruikers van de diensten;
- 3° de personeelsformatie;

4° de kwalitatieve en kwantitatieve vereisten die aan de uitvoering van de diensten worden gesteld;

5° het bedrag van de subsidie;

6° de nadere regels voor de uitbetaling van de subsidie;

7° de aanneembare kosten;

8° de niet-aanneembare kosten;

9° de boekhoudkundige vereisten;

10° de vereisten inzake evaluatie van de uitvoering van de overeenkomst;

11° de vereisten inzake bescherming van de persoonsgegevens;

12° de gevolgen bij niet-naleving van de overeenkomst;

13° de duur van de overeenkomst.

Afdeling 3 – Internationale samenwerking tussen erkende adoptiediensten

Art. 12 – Vragenlijst over de Staat of deelstaat

De Minister stelt de vragenlijst vermeld in artikel 20, § 1, derde lid, 3°, van het decreet ter beschikking; via die vragenlijst worden minstens de volgende gegevens opgevraagd:

1° de politieke, historische, economische, sociale en etnische ontwikkelingen, religies en betrekkingen met andere staten of deelstaten;

2° de private en politieke maatregelen om kinderen te beschermen;

3° de procedures voor het plaatsen van kinderen in instellingen;

4° informatie over het uitzetten van kinderen;

5° de procedures voor binnenlandse adoptie;

6° de procedures voor interlandelijke adoptie;

7° de wettelijke voorwaarden inzake adopteerbaarheid van een kind;

8° de wettelijke vereisten voor kandidaat-adoptanten uit het land van herkomst en uit het buitenland;

9° informatie over de nazorg voor adoptiegezinnen.

HOOFDSTUK 3 – EEN KIND AFSTAAN VOOR ADOPTIE

Art. 13 – Maatregelen in het belang van het kind

Overeenkomstig artikel 23, § 2, van het decreet kunnen de biologische ouders die niet meer in het belang van het kind voor hun kind kunnen zorgen en overwegen om hun kind af te staan voor adoptie, de ZBGA de taak toevertrouwen om passende maatregelen te nemen in het belang van het kind.

De ZBGA voert daartoe een gesprek met de biologische ouders, waarbij besproken wordt welke maatregelen nodig zijn en hoe die worden omgezet. Die worden vastgelegd in een overeenkomst tussen de ZBGA en de biologische ouders.

De ZBGA kan de uitvoering van de maatregelen toevertrouwen aan gespecialiseerde instellingen.

Voor elk kind dat in het kader van een maatregel uit zijn leefomgeving werd gehaald, controleert de ZBGA maandelijks of het belang van het kind gewaarborgd wordt en of de maatregel nog altijd passend en noodzakelijk is.

De ZBGA blijft tijdens de duur van de maatregelen in contact met de biologische ouders.

De maatregelen eindigen ten laatste met de adoptie van het kind.

Art. 14 – Verslag over het te adopteren kind

De Minister stelt het verslag vermeld in artikel 25, § 1, van het decreet ter beschikking; via dat verslag worden minstens de volgende gegevens opgevraagd:

1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats en verblijfsstatus van het kind;

2° informatie over de adopteerbaarheid van het kind;

3° naam, voornaam, geboortedatum, burgerlijke staat, woonplaats, verblijfsstatus van de biologische ouders, gezinscontext en redenen waarom het kind uit zijn gezinsomgeving werd gehaald;

4° informatie over het gedrag van het kind, over zijn persoonlijke ontwikkeling en over de ontwikkeling van het gezin;

5° informatie over de gezondheidstoestand van het kind en over zijn lichamelijke ontwikkeling na de geboorte;

6° informatie over de gezondheidstoestand van de biologische ouders en over de zwangerschap en de bevalling;

7° informatie over de specifieke behoeften van het kind op medisch, psychologisch, affectief, juridisch en administratief gebied.

HOOFDSTUK 4 – VERSCHILLENDE FASEN VAN DE ADOPTIEPROCEDURE

Afdeling 1 – Inschrijving en voorbereiding

Art. 15 – Vragenlijst

De Minister stelt de vragenlijst vermeld in artikel 27, § 2, van het decreet ter beschikking; via die vragenlijst worden minstens de volgende gegevens en stukken opgevraagd:

1° de kandidaat-adoptanten:

a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, verblijfsstatus;

b) burgerlijke staat, gezinssamenstelling, familiale en sociale omgeving;

c) informatie over de familiegeschiedenis;

d) een afschrift van het geschiktheidsvonnis;

e) woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres;

2° het te adopteren kind:

a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, verblijfsstatus;

b) gezinssamenstelling, familiale en sociale omgeving;

c) informatie over de familiegeschiedenis;

d) woonplaats en e-mailadres;

3° de biologische ouders van het te adopteren kind:

a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, verblijfsstatus;

b) burgerlijke staat, gezinssamenstelling, familiale en sociale omgeving;

c) informatie over de familiegeschiedenis;

d) woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres;

4° verstandhouding en frequentie van de contacten tussen de kandidaat-adoptanten en het te adopteren kind.

Art. 16 – Inschrijvingsformulier

De Minister stelt het inschrijvingsformulier vermeld in artikel 28, eerste lid, van het decreet ter beschikking; via dat formulier worden minstens de volgende gegevens opgevraagd:

- 1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit en verblijfsstatus van de kandidaat-adoptanten;
- 2° woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres van de kandidaat-adoptanten;
- 3° burgerlijke staat, gezinssamenstelling, familiale en sociale omgeving van de kandidaat-adoptanten;
- 4° informatie over het adoptieproject.

Art. 17 – Inschrijving om deel te nemen aan de voorbereiding op de adoptie

Om zich overeenkomstig artikel 29, tweede lid, van het decreet te kunnen laten inschrijven voor deelname aan de voorbereiding op de adoptie, dienen de kandidaat-adoptanten de volgende documenten in bij de ZBGA:

- 1° het ingevulde inschrijvingsformulier vermeld in artikel 16;
- 2° een afschrift van de Belgische identiteitskaart of van het paspoort;
- 3° een afschrift van de gezinssamenstelling dat niet ouder is dan drie maanden;
- 4° als ze zich laten inschrijven voor een tweede extrafamiliale adoptie: een afschrift van het eerste geschiktheidsvonnis;
- 5° als ze zich laten inschrijven voor een intrafamiliale binnenlandse adoptie: een afschrift van de geboorteakte van het kind waarop de adoptieprocedure betrekking heeft.

Art. 18 – Voorbereiding op de adoptie

§ 1 – Overeenkomstig artikel 31, tweede lid, van het decreet kan de ZBGA de voorbereiding op de adoptie via een overeenkomst geheel of gedeeltelijk overdragen aan derden die minstens aan de volgende voorwaarden voldoen:

- 1° ze hebben beroepservaring inzake opleiding en animatie van volwassenengroepen;
- 2° ze hebben beroepservaring op het gebied van adoptie, kind of gezin;
- 3° ze hebben een grondige kennis van het adoptiestelsel in België, van de psycho-sociale aspecten en van de internationale context van adoptie.

De overeenkomst vermeld in het eerste lid bevat minstens de volgende gegevens en stukken:

- 1° het voorbereidingsprogramma;
- 2° de kwalitatieve en kwantitatieve vereisten die aan de uitvoering van de voorbereiding worden gesteld;
- 3° de nadere regels voor de financiering;
- 4° de vereisten inzake evaluatie van de uitvoering van de overeenkomst;
- 5° de vereisten inzake bescherming van de persoonsgegevens;
- 6° de gevolgen bij niet-naleving van de overeenkomst;
- 7° de duur van de overeenkomst.

De ZBGA kan derden toelaten die niet voldoen aan de voorwaarden vermeld in het eerste lid, voor zover zij een buitengewoon nuttige beroepservaring of een bijzondere opleiding kunnen bewijzen.

§ 2 – Overeenkomstig artikel 31, derde lid, van het decreet kan een externe voorbereiding op de adoptie of de voorbereiding op een andere vorm van opvang van kinderen onder de volgende

voorwaarden geheel of gedeeltelijk gelijkgesteld worden met de voorbereiding die door de ZBGA wordt aangeboden:

1° de kandidaat-adoptanten dienen een schriftelijke aanvraag tot gelijkstelling in bij de ZBGA. Die bevat de volgende gegevens en stukken:

- a) het ingevulde inschrijvingsformulier vermeld in artikel 16;
- b) een afschrift van de Belgische identiteitskaart of van het paspoort;
- c) gegevens over de organisator van de voorbereiding;
- d) een afschrift van het deelnemingsattest;
- e) informatie over het voorbereidingsprogramma;
- f) informatie over het adoptieproject;

2° De externe voorbereiding op de adoptie of de voorbereiding op een andere vorm van opvang van kinderen laat hen bewust worden van de psychologische, familiale en relationele uitdagingen van de opvang van een kind.

De ZBGA gaat na of de aanvraag tot gelijkstelling vermeld in het eerste lid, 1°, alsook de informatie vermeld in het eerste lid, 2°, volledig is. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt de ZBGA de kandidaat-adoptanten een bevestiging. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt de ZBGA de ontbrekende gegevens of - naargelang van het geval - de ontbrekende stukken aan bij de kandidaat-adoptanten.

Binnen dertig dagen na ontvangst van de volledige aanvraag beslist de ZBGA of de voorbereiding op de adoptie geheel, gedeeltelijk of helemaal niet gelijkgesteld wordt met die van de ZBGA. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de gelijkstelling als geweigerd.

Als de door de kandidaat-adoptanten gevolgde voorbereiding op de adoptie gelijkgesteld wordt met die van de ZBGA, geeft de ZBGA aan de kandidaat-adoptanten het in artikel 34 van het decreet vermelde deelnemingsattest dat bewijst dat de voorbereiding op de adoptie werd voltooid.

Als de door de kandidaat-adoptanten gevolgde voorbereiding op de adoptie slechts gedeeltelijk gelijkgesteld wordt met die van de ZBGA, deelt de ZBGA de kandidaat-adoptanten het volgende mee:

1° de delen van de voorbereiding op de adoptie die nog voltooid moeten worden om het deelnemingsattest vermeld in artikel 34, eerste lid, van het decreet te krijgen;

2° de bijdrage in de kosten van de delen van de voorbereiding op de adoptie die in 1° worden vermeld en die nog moeten worden voltooid.

Art. 19 – Voorbereiding op een extrafamiliale adoptie

§ 1 – De voorbereiding op een extrafamiliale adoptie omvat:

- 1° een individueel voorafgaand gesprek met de sociale dienst van de ZBGA;
- 2° een voorbereidingsseminarie in groep;
- 3° een individueel afsluitend gesprek met de sociale dienst van de ZBGA.

Bij het individuele voorafgaand gesprek vermeld in het eerste lid, 1°, worden de kandidaat-adoptanten ingelicht over het verloop van het voorbereidingsseminar vermeld in het eerste lid, 2°.

Het voorbereidingsseminar in groep vermeld in het eerste lid, 2°, omvat bewustmakingsactiviteiten, waarbij de kandidaat-adoptanten ingelicht worden over de juridische, contextuele, culturele, ethische en menselijke aspecten van adoptie en bewust gemaakt worden van de psychologische, familiale en relationele uitdagingen van de adoptierelatie.

Bij het individuele afsluitend gesprek vermeld in het eerste lid, 3°, worden de kandidaat-adoptanten ingelicht over het verdere verloop van de adoptieprocedure.

§ 2 – Aan het voorbereidingsseminar in groep, vermeld in § 1, eerste lid, 2°, kunnen hoogstens 24 personen deelnemen.

§ 3 – De duur van het voorbereidingsseminar in groep, vermeld in § 1, eerste lid, 2°, bedraagt minstens 20 uur.

De volledige voorbereiding op een extrafamiliale adoptie moet georganiseerd worden binnen vier maanden, te rekenen vanaf de datum van het begin van het voorbereidingsseminar in groep, vermeld in § 1, eerste lid, 2°.

De ZBGA kan die termijn met hoogstens twaalf maanden verlengen, als de kandidaat-adoptanten één van de geplande bewustmakingsactiviteiten niet kunnen bijwonen of zelf via een met redenen omkleed verzoek om een verlenging verzoeken.

§ 4 – De bijdrage in de kosten van de voorbereiding op een extrafamiliale adoptie bedraagt 200 euro per paar of per persoon. De kandidaat-adoptanten storten het bedrag op de rekening die door de ZBGA werd meegedeeld.

Het bedrag vermeld in het eerste lid wordt jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 109,69 op 1 januari 2020 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

Art. 20 – Voorbereiding op een intrafamiliale binnenlandse adoptie

§ 1 – De voorbereiding op een intrafamiliale binnenlandse adoptie omvat:

1° bewustmakingsactiviteiten, individueel of in groep;

2° een individueel afsluitend gesprek met de sociale dienst van de ZBGA.

Bij de individuele of in groep georganiseerde bewustmakingsactiviteiten vermeld in het eerste lid, 1°, worden de kandidaat-adoptanten ingelicht over de juridische en menselijke aspecten van adoptie en bewust gemaakt van de psychologische, familiale en relationele uitdagingen van de adoptierelatie.

Bij het individuele afsluitend gesprek vermeld in het eerste lid, 2°, worden de kandidaat-adoptanten ingelicht over het verdere verloop van de adoptieprocedure.

§ 2 – Aan de bewustmakingsactiviteiten in groep, vermeld in § 1, eerste lid, 1°, kunnen hoogstens 24 personen deelnemen.

§ 3 – De duur van de voorbereiding op een intrafamiliale binnenlandse adoptie bedraagt minstens twee uur.

§ 4 – De bijdrage van de kandidaat-adoptanten in de kosten van de voorbereiding op een intrafamiliale binnenlandse adoptie bedraagt 100 euro per paar of per persoon. De kandidaat-adoptanten storten het bedrag op de rekening die door de ZBGA werd meegedeeld.

Het bedrag vermeld in het eerste lid wordt jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 109,69 op 1 januari 2020 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

Art. 21 – Voorbereiding op een intrafamiliale interlandelijke adoptie

§ 1 – De voorbereiding op een intrafamiliale interlandelijke adoptie omvat:

- 1° een individueel voorafgaand gesprek met de sociale dienst van de ZBGA;
- 2° bewustmakingsactiviteiten, individueel of in groep;
- 3° een individueel afsluitend gesprek met de sociale dienst van de ZBGA.

Bij het individuele voorgesprek vermeld in het eerste lid, 1°, onderzoekt de ZBGA samen met de kandidaat-adoptanten hun adoptieproject en de situatie van het betrokken kind, om zo goed mogelijk over de kans op slagen van dat adoptieproject te informeren.

Bij de bewustmakingsactiviteiten vermeld in het eerste lid, 2°, worden de kandidaat-adoptanten ingelicht over de juridische en menselijke aspecten van adoptie en bewust gemaakt van de psychologische, familiale en relationele uitdagingen van de adoptierelatie.

Bij het individuele afsluitend gesprek vermeld in het eerste lid, 3°, worden de kandidaat-adoptanten ingelicht over het verdere verloop van de adoptieprocedure.

§ 2 – Aan de bewustmakingsactiviteiten in groep, vermeld in § 1, eerste lid, 2°, kunnen hoogstens 24 personen deelnemen.

§ 3 – De duur van de individueel of in groep georganiseerde bewustmakingsactiviteiten vermeld in § 1, eerste lid, 2°, bedraagt minstens zes uur.

De volledige voorbereiding op een intrafamiliale interlandelijke adoptie moet georganiseerd worden binnen vier maanden, te rekenen vanaf de datum van het begin van het voorbereidingsseminar in groep, vermeld in § 1, eerste lid, 2°. De ZBGA kan die termijn met hoogstens twaalf maanden verlengen, als de kandidaat-adoptanten één van de geplande bewustmakingsactiviteiten niet kunnen bijwonen of zelf via een met redenen omkleed verzoek om een verlenging verzoeken.

§ 4 – De deelneming aan de individuele gesprekken vermeld in § 1, eerste lid, 1° en 3°, is gratis.

De bijdrage in de kosten van de bewustmakingsactiviteiten vermeld in § 1, eerste lid, 2°, bedraagt 125 euro per paar of per persoon. De kandidaat-adoptanten storten het bedrag op de rekening die door de ZBGA werd meegedeeld.

Het bedrag vermeld in het tweede lid wordt jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 109,69 op 1 januari 2020 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

Art. 22 – Voorbereiding op een tweede adoptie

De voorbereiding op een tweede adoptie is facultatief en omvat individuele of in groep georganiseerde bewustmakingsactiviteiten, waarbij de kandidaat-adoptanten ingelicht worden over de juridische en menselijke aspecten van adoptie en bewust gemaakt worden van de psychologische, familiale en relationele uitdagingen van de adoptierelatie.

De duur van de voorbereiding op een tweede adoptie bedraagt minstens zes uur.

In afwijking van het eerste lid is het individuele voorafgaand gesprek vermeld in artikel 21, § 1, eerste lid, 1°, verplicht voor kandidaat-adoptanten die zich laten inschrijven voor een tweede intra-familiale interlandelijke adoptie.

De deelneming aan de voorbereiding op een tweede adoptie is gratis.

Art. 23 – Voorbereiding op de adoptie van een kind met een beperking

De bepalingen van artikel 19 zijn van toepassing op de adoptie van een kind met een beperking.

De ZBGA kan voorzien in aanvullende bewustmakingsactiviteiten. Die hebben tot doel de kandidaat-adoptanten voor te bereiden op de specifieke behoeften van kinderen met een beperking.

De deelneming aan de aanvullende bewustmakingsactiviteiten vermeld in het tweede lid is gratis.

Afdeling 2 – Maatschappelijke onderzoeken

Art. 24 – Maatschappelijk onderzoek naar de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten voor interlandelijke adopties of extrafamiliale binnenlandse adopties

§ 1 – Overeenkomstig artikel 35 van het decreet wordt het maatschappelijk onderzoek naar de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten dat met toepassing van artikel 1231-1/4 van het Gerechtelijk Wetboek door de familierechtbank bevolen wordt, uitgevoerd door de sociale dienst van de ZBGA. Dat onderzoek omvat:

- 1° minstens twee gesprekken met de kandidaat-adoptanten;
- 2° drie gesprekken van de kandidaat-adoptanten met een psycholoog.

Een van de gesprekken vermeld in het eerste lid, 1°, vindt plaats op de woonplaats van de kandidaat-adoptanten. Als de sociale dienst van de ZBGA het noodzakelijk acht, kunnen aanvullende gesprekken georganiseerd worden.

De psycholoog vermeld in het eerste lid, 2°, wordt aangewezen door de ZBGA en vult het in § 5 vermelde psychologische gedeelte van het verslag over het maatschappelijk onderzoek in.

§ 2 – Vóór de gesprekken met de kandidaat-adoptanten vermeld in § 1, eerste lid, 1°, plaatsvinden, bezorgen de kandidaat-adoptanten aan de ZBGA een uittreksel uit het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering. Kandidaat-adoptanten die in de laatste vijf jaar hun woonplaats in het buitenland hadden, bezorgen een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid dat betrekking heeft op de laatste vijf jaar.

§ 3 – De bijdrage in de kosten van de psychologische gesprekken vermeld in § 1, eerste lid, 2°, bedraagt 200 euro per kandidaat-adoptant. De kandidaat-adoptanten storten het bedrag op de rekening die door de ZBGA werd meegedeeld.

Het bedrag vermeld in het eerste lid wordt jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 109,69 op 1 januari 2020 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

§ 4 – De kandidaat-adoptanten bezorgen de sociale dienst van de ZBGA het ingevulde medisch attest vermeld in artikel 5 van het samenwerkingsakkoord. Dat wordt bij het verslag over het maatschappelijk onderzoek vermeld in § 5 gevoegd.

De door de arts aangerekende kosten worden door de kandidaat-adoptanten gedragen.

§ 5 – De sociale dienst van de ZBGA maakt het verslag over het maatschappelijk onderzoek op. Dat omvat een sociaal, een medisch en een psychologisch gedeelte en de conclusies.

Art. 25 – Maatschappelijk onderzoek voor de verlenging van het geschiktheidsvonnis

In het kader van de 'actualisering van het maatschappelijk onderzoek' vermeld in artikel 1231-1/11, § 3, van het Gerechtelijk Wetboek - na ontvangst van het 'attest van gezinssamenstelling' vermeld in artikel 1231-1/9, tweede lid, van het Gerechtelijk Wetboek en de 'kopie van het verzoekschrift' vermeld in artikel 1231-1/11, § 1, van het Gerechtelijk Wetboek - onderzoekt de sociale dienst van de ZBGA de situatie van de kandidaat-adoptanten.

Als uit het onderzoek vermeld in het eerste lid blijkt dat de situatie van de kandidaat-adoptanten geen wijziging heeft ondergaan die uitwerkingen kan hebben op de geschiktheid die in het oorspronkelijke geschiktheidsvonnis was vastgesteld, deelt de ZBGA dit mee aan de familierechtbank en bezorgt ze de familierechtbank een dienoverkomstig attest.

Als uit het onderzoek vermeld in het eerste lid blijkt dat de situatie van de kandidaat-adoptanten wel een wijziging heeft ondergaan die uitwerkingen kan hebben op de geschiktheid die in het oorspronkelijke geschiktheidsvonnis was vastgesteld, voert de sociale dienst van de ZBGA een 'actualisering van het maatschappelijk onderzoek' uit. Die omvat minstens een gesprek op de woonplaats van de kandidaat-adoptanten.

Als de sociale dienst van de ZBGA het noodzakelijk acht, worden aanvullende gesprekken georganiseerd met een psycholoog die door de ZBGA werd aangewezen. Die gesprekken zijn gratis voor de kandidaat-adoptanten.

Art. 26 – Maatschappelijk onderzoek naar de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten voor intrafamiliale binnenlandse adopties en over het belang van het kind om geadopteerd te worden

§ 1 – Overeenkomstig artikel 35 en artikel 36, § 1, van het decreet wordt het maatschappelijk onderzoek naar de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten en naar het belang van het kind om geadopteerd te worden dat met toepassing van artikel 1231-6, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek door de familierechtbank bevolen wordt, uitgevoerd door de sociale dienst van de ZBGA. Dat onderzoek omvat:

- 1° een gesprek met elke biologische ouder van het te adopteren kind;
- 2° minstens twee gesprekken met de kandidaat-adoptanten;
- 3° drie gesprekken van de kandidaat-adoptanten met een psycholoog.

In het gesprek vermeld in het eerste lid, 1°, worden de biologische ouders ingelicht over de adoptie en over de gevolgen van hun toestemming en worden inlichtingen gevraagd die noodzakelijk zijn om te beoordelen of het kind er belang bij heeft geadopteerd te worden.

Een van de gesprekken vermeld in het eerste lid, 2°, vindt plaats op de woonplaats van de kandidaat-adoptanten. Het kind moet bij minstens één gesprek aanwezig zijn. Als de sociale dienst van de ZBGA het noodzakelijk acht, worden er aanvullende gesprekken georganiseerd.

De psycholoog vermeld in het eerste lid, 3°, wordt aangewezen door de ZBGA en vult het in § 6, 3°, vermelde gedeelte van het verslag over het maatschappelijk onderzoek in.

§ 2 – Vóór de gesprekken met de kandidaat-adoptanten vermeld in § 1, eerste lid, 2°, plaatsvinden, bezorgen de kandidaat-adoptanten aan de ZBGA een uittreksel uit het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering. Kandidaat-adoptanten die in de laatste vijf jaar hun woonplaats in het buitenland hadden, bezorgen een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid dat betrekking heeft op de laatste vijf jaar.

§ 3 – De bijdrage in de kosten van de psychologische gesprekken vermeld in § 1, eerste lid, 3°, bedraagt 200 euro per kandidaat-adoptant. De kandidaat-adoptanten storten het bedrag op de rekening die door de ZBGA werd meegedeeld.

Het bedrag vermeld in het eerste lid wordt jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 109,69 op 1 januari 2020 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

§ 4 – Overeenkomstig artikel 36, § 2, van het decreet kunnen de volgende diensten om stellingname gevraagd worden:

1° de derden vermeld in artikel 18, § 1, eerste lid;

2° de diensten die werkzaam zijn in de sociale, sociaal-psychologische of psychologische adviesverlening en in de begeleiding van kinderen, jongeren of volwassenen.

Kosten die ontstaan in het kader van de stellingname vermeld in het eerste lid, worden gedragen door de ZBGA.

§ 5 – De kandidaat-adoptanten bezorgen de sociale dienst van de ZBGA het ingevulde medisch attest vermeld in artikel 5 van het samenwerkingsakkoord. Dat wordt bij het verslag over het maatschappelijk onderzoek vermeld in § 6 gevoegd.

De door de arts aangerekende kosten worden door de kandidaat-adoptanten gedragen.

§ 6 – De sociale dienst van de ZBGA maakt het verslag over het maatschappelijk onderzoek op. Dat bevat drie delen met informatie over:

1° het kind;

2° de biologische ouders;

3° de kandidaat-adoptanten.

Art. 27 – Maatschappelijk onderzoek over de beoordeling van de bekwaamheid van het kind

Overeenkomstig artikel 37 van het decreet wordt het maatschappelijk onderzoek naar de beoordeling van de bekwaamheid van het kind om zijn mening te uiten over het adoptieproject, een maatschappelijk onderzoek dat met toepassing van artikel 1231-10, eerste lid, 3°, van het Gerech-

telijk Wetboek door de familierechtbank bevolen wordt, uitgevoerd door de sociale dienst van de ZBGA. Dat onderzoek omvat minstens een gesprek met het betrokken kind.

In het kader van het gesprek vermeld in het eerste lid:

- 1° wordt het kind ingelicht over het adoptieproject en de gevolgen van zijn adoptie;
- 2° worden gegevens gevraagd, om te kunnen beoordelen of het kind in staat is om zijn mening over het adoptieproject te uiten.

Als de sociale dienst van de ZBGA het noodzakelijk acht, worden aanvullende gesprekken georganiseerd met een psycholoog die door de ZBGA werd aangewezen.

De sociale dienst van de ZBGA maakt het verslag over het maatschappelijk onderzoek op.

Art. 28 – Maatschappelijk onderzoek in het kader van een beroepsprocedure

Overeenkomstig artikel 38 van het decreet wordt het maatschappelijk onderzoek in het kader van een beroepsprocedure dat met toepassing van artikel 1231-55 van het Gerechtelijk Wetboek door de familiiekamer van het hof van beroep bevolen wordt, uitgevoerd door de sociale dienst van de ZBGA. Dat onderzoek omvat minstens een gesprek met de betrokken personen.

Als de sociale dienst van de ZBGA het noodzakelijk acht, worden aanvullende gesprekken georganiseerd met een psycholoog die door de ZBGA werd aangewezen. De kosten van die gesprekken worden door de betrokken personen gedragen.

De sociale dienst van de ZBGA maakt het verslag over het maatschappelijk onderzoek op.

Art. 29 – Maatschappelijk onderzoek naar de adopteerbaarheid van het kind bij een interlandelijke adoptie van kinderen die hun gewone verblijfplaats in België hebben

Overeenkomstig artikel 40, § 1, van het decreet wordt het maatschappelijk onderzoek naar de adopteerbaarheid van het kind dat met toepassing van artikel 1231-35 van het Gerechtelijk Wetboek door de familierechtbank bevolen wordt, uitgevoerd door de sociale dienst van de ZBGA. Dat onderzoek omvat minstens een gesprek met de ouders van het kind of met elke andere persoon die de ouderlijke verantwoordelijkheid of het ouderlijk gezag over het te adopteren kind uitoefent.

Overeenkomstig artikel 40, § 2, van het decreet kunnen de diensten die werkzaam zijn in de sociale, sociaal-psychologische of psychologische adviesverlening en in de begeleiding van kinderen, jongeren of volwassenen om een stellingname gevraagd worden.

Kosten die ontstaan in het kader van de stellingname vermeld in het tweede lid, worden gedragen door de ZBGA.

De sociale dienst van de ZBGA maakt het verslag over het maatschappelijk onderzoek op; de stellingnames vermeld in het tweede lid worden bij dat verslag gevoegd.

Afdeling 3 – Adoptiebemiddeling via een adoptiedienst

Onderafdeling 1 – Algemene bepalingen

Art. 30 – Overeenkomst

§ 1 – De Minister stelt het model van de overeenkomst vermeld in artikel 42, tweede lid, van het decreet ter beschikking; die overeenkomst omvat minstens de volgende gegevens:

- 1° de rechten en plichten van de adoptiedienst;
- 2° de rechten en plichten van de kandidaat-adoptanten;
- 3° de kostenbijdrage van de kandidaat-adoptanten, alsook hoe die kostenbijdrage wordt overgeschreven;
- 4° de nadere regels omtrent schorsing en beëindiging van de overeenkomst;
- 5° de duur van de overeenkomst;
- 6° de nadere regels inzake bescherming van de persoonsgegevens.

§ 2 – Onder de volgende voorwaarden geeft de ZBGA kandidaat-adoptanten die al een overeenkomst voor een interlandelijke extrafamiliale adoptie met een adoptiedienst ondertekend hebben, toestemming om een tweede overeenkomst met dezelfde of met een andere adoptiedienst te sluiten:

- 1° de eerste overeenkomst heeft betrekking op adoptie uit een Staat of deelstaat waar de adoptiebemiddeling buitengewoon lang of onvoorspelbaar lang duurt; of
- 2° de tweede overeenkomst heeft betrekking op adoptie van kinderen met bijzondere behoeften op medisch, psychologisch of sociaal gebied.

Zodra een voorstel voor een kind werd ontvangen en aanvaard, wordt de andere adoptiebemiddeling stopgezet. Dat wordt vastgelegd in een aanhangsel bij de eerste overeenkomst.

De adoptiedienst brengt de buitenlandse bevoegde autoriteit van de betrokken Staat of deelstaat onmiddellijk op de hoogte van de stopzetting van de adoptiebemiddeling vermeld in het tweede lid.

§ 3 – Als de kandidaat-adoptanten een tweede overeenkomst met dezelfde adoptiedienst sluiten, is de uitvoering van het nieuwe psycho-medisch-sociaal onderzoek en van de adoptiebemiddeling gratis.

Als de kandidaat-adoptanten een tweede overeenkomst met een andere adoptiedienst sluiten, dan worden de reeds betaalde bijdrage in de kosten van het psycho-medisch-sociaal onderzoek en de adoptiebemiddeling van de eerste adoptiedienst niet terugbetaald, met uitzondering van de niet aangewende kosten en de kosten voor de adoptiebegeleiding en de nazorg.

Art. 31 – Overzending van het voorstel voor een kind

Het 'voorstel voor een kind' vermeld in artikel 43 van het decreet wordt schriftelijk overgezonden aan de ZBGA en bevat:

- 1° het in artikel 14 vermelde verslag over het te adopteren kind;
- 2° een foto van het kind, voor zover de wetgeving van de Staat van herkomst dat toelaat;
- 3° de medische informatie over het kind;
- 4° een afschrift van de stukken in verband met de identiteit van het kind, zijn adopteerbaarheid en zijn plaatsing;
- 5° de redenen waarom de kandidaat-adoptanten werden gekozen.

De foto van het kind vermeld in het eerste lid, 2°, wordt pas aan de kandidaat-adoptanten toegezonden nadat ze met het voorstel voor een kind hebben ingestemd.

Onderafdeling 2 – Extrafamiliale binnenlandse adoptie

Art. 32 – Kostenbijdrage

De bijdrage in de kosten van het psycho-medisch-sociaal onderzoek vermeld in artikel 44, § 4, vierde lid, van het decreet bedraagt hoogstens 900 euro per paar of per persoon.

De bijdrage in de kosten van de adoptiebemiddeling vermeld in artikel 44, § 4, vierde lid, van het decreet bedraagt hoogstens 4.100 euro per paar of per persoon.

De kandidaat-adoptanten storten de bedragen vermeld in het eerste en het tweede lid op de rekening die door de adoptiedienst werd meegedeeld.

De bedragen vermeld in het eerste en het tweede lid worden jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 109,69 op 1 januari 2020 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

Onderafdeling 3 - Extrafamiliale interlandelijke adoptie

Art. 33 – Kostenbijdrage

De bijdrage in de kosten van het psycho-medisch-sociaal onderzoek vermeld in artikel 45, § 4, vierde lid, van het decreet bedraagt hoogstens 900 euro per paar of per persoon.

De bijdrage in de kosten van de adoptiebemiddeling vermeld in artikel 45, § 4, vierde lid, van het decreet bedraagt hoogstens 3.100 euro per paar of per persoon.

De kandidaat-adoptanten storten de bedragen vermeld in het eerste en het tweede lid op de rekening die door de adoptiedienst werd meegedeeld.

De bedragen vermeld in het eerste en het tweede lid worden jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 109,69 op 1 januari 2020 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

Art. 34 – Verslag over de kandidaat-adoptanten

Het verslag over de kandidaat-adoptanten vermeld in artikel 45, § 5, tweede lid, 2°, van het decreet bevat minstens de volgende gegevens:

1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit en verblijfsstatus van de kandidaat-adoptanten;

2° burgerlijke staat, gezinssamenstelling, familiale en sociale omgeving en moedertaal van de kandidaat-adoptanten;

3° naam, voornaam, geslacht en geboortedatum van de biologische ouders van de kandidaat-adoptanten;

4° informatie over de familiegeschiedenis van de kandidaat-adoptanten;

5° informatie over het adoptieproject;

6° gegevens over de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten;

7° medische en psychologische informatie over de kandidaat-adoptanten;

8° woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres van de kandidaat-adoptanten;

De ZBGA keurt het verslag vermeld in het eerste lid goed voordat het overeenkomstig artikel 45, § 5, tweede lid, 2°, van het decreet door de adoptiedienst overgezonden wordt aan de bevoegde buitenlandse autoriteiten.

Afdeling 4 – Adoptiebemiddeling via de ZBGA

Art. 35 – Kostenbijdrage

De bijdrage in de kosten vermeld in artikel 49, § 2, eerste lid, van het decreet bedraagt hoogstens 1.000 euro per paar of per persoon. De kandidaat-adoptanten storten het bedrag op de rekening die door de ZBGA werd meegedeeld.

Het bedrag vermeld in het eerste lid wordt jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 109,69 op 1 januari 2020 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

Als de ZBGA de voortzetting van de adoptiebemiddeling overeenkomstig artikel 50, eerste lid, van het decreet toevertrouwd aan een adoptiedienst, dan betaalt ze het bedrag vermeld in het eerste lid terug aan de kandidaat-adoptanten.

Art. 36 – Overeenkomst

De Minister stelt het model van de overeenkomst vermeld in artikel 50, tweede lid, van het decreet ter beschikking; die overeenkomst omvat minstens de volgende gegevens:

- 1° de rechten en plichten van de ZBGA;
- 2° de rechten en plichten van de kandidaat-adoptanten;
- 3° de kostenbijdrage van de kandidaat-adoptanten, alsook hoe die kostenbijdrage wordt overgeschreven;
- 4° de nadere regels omtrent schorsing en beëindiging van de overeenkomst;
- 5° de duur van de overeenkomst;
- 6° de nadere regels inzake bescherming van de persoonsgegevens.

Art. 37 – Verslag over de kandidaat-adoptanten

§ 1 – De ZBGA maakt het verslag over de kandidaat-adoptanten vermeld in artikel 51, 2°, van het decreet op. Dat bevat minstens de volgende gegevens:

- 1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit en verblijfsstatus van de kandidaat-adoptanten;
- 2° burgerlijke staat, gezinssamenstelling, familiale en sociale omgeving en moedertaal van de kandidaat-adoptanten;
- 3° naam, voornaam, geslacht en geboortedatum van de biologische ouders van de kandidaat-adoptanten;
- 4° informatie over de familiegeschiedenis van de kandidaat-adoptanten;
- 5° informatie over het adoptieproject;
- 6° gegevens over de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten;
- 7° medische en psychologische informatie over de kandidaat-adoptanten;
- 8° woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres van de kandidaat-adoptanten.

§ 2 – In het kader van een intrafamiliale interlandelijke adoptie bevat het verslag vermeld in § 1 bovendien minstens de volgende gegevens en stukken over:

1° het te adopteren kind:

- a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit en verblijfsstatus;
- b) familiale en sociale omgeving;
- c) informatie over de familiegeschiedenis;
- d) woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres;

2° de biologische ouders van het te adopteren kind:

- a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit en verblijfsstatus;
- b) burgerlijke staat, gezinssamenstelling, familiale en sociale omgeving en moedertaal;
- c) informatie over de familiegeschiedenis;
- d) woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres;

3. de relatie van de kandidaat-adoptanten met het te adopteren kind.

Afdeling 5 – Regularisatie van adopties

Art. 38 – Kostenbijdrage

De bijdrage in de kosten vermeld in artikel 53 van het decreet bedraagt hoogstens 500 euro per paar of per persoon. De kandidaat-adoptanten storten het bedrag op de rekening die door de ZB-GA werd meegedeeld.

Het bedrag vermeld in het eerste lid wordt jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 109,69 op 1 januari 2020 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

Afdeling 6 – Interlandelijke adoptie van kinderen die hun gewone verblijfplaats in België hebben

Art. 39 – Verslag over het te adopteren kind

Het verslag over het kind vermeld in artikel 54, § 3, 3°, van het decreet wordt opgemaakt door de ZBGA en bevat minstens de volgende gegevens en stukken:

1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats en verblijfsstatus van het kind;

2° informatie over de adopteerbaarheid van het kind;

3° informatie over de familiale en sociale omgeving van het kind;

4° informatie over het gedrag van het kind, over zijn persoonlijke ontwikkeling en over de ontwikkeling van het gezin;

5° informatie over de gezondheidstoestand van het kind en over zijn lichamelijke ontwikkeling na de geboorte;

6° informatie over de gezondheidstoestand van de biologische ouders en over de zwangerschap en de bevalling;

7° informatie over de bijzondere behoeften van het kind op medisch, psychologisch, affectief, juridisch en administratief gebied.

Afdeling 7 – Adoptiebegeleiding en nazorg

Art. 40 – Adoptiebegeleiding

§ 1 – De ZBGA onderzoekt de aanvragen om adoptiebegeleiding die worden ingediend door de adoptanten, de geadopteerden of de biologische ouders. Daartoe voert ze met de aanvragers minstens één gesprek waarin de behoefte aan begeleiding besproken wordt.

Als uit het onderzoek vermeld in het eerste lid blijkt dat externe adviesverlening of ondersteuning noodzakelijk is, kan de ZBGA de uitvoering van de adoptiebegeleiding overeenkomstig artikel 55, derde lid, van het decreet geheel of gedeeltelijk opdragen aan diensten en personen die werkzaam zijn op het gebied van sociale, sociaal-psychologische of psychologische adviesverlening, alsook op het gebied van de begeleiding van kinderen, jongeren en volwassenen.

De nadere regels voor de gehele of gedeeltelijke uitvoering van de adoptiebegeleiding vermeld in het tweede lid, worden vastgelegd in een overeenkomst tussen de ZBGA, de aanvrager vermeld in het eerste lid en de diensten en personen vermeld in het tweede lid.

§ 2 – De door de ZBGA uitgevoerde adoptiebegeleiding is gratis voor de kandidaat-adoptanten.

De kosten die in het kader van de adoptiebegeleiding vermeld in § 1, tweede lid, ontstaan, worden gedragen door de adoptanten, de geadopteerden of de biologische ouders. Op met redenen omkleed verzoek van de adoptanten, de geadopteerden of de biologische ouders kan de ZBGA die kosten overnemen.

Art. 41 – Nazorg

§ 1 – Als externe adviesverlening of ondersteuning noodzakelijk is voor de nazorg van het geadopteerde kind en van de adoptanten, kan de ZBGA de uitvoering van de nazorg overeenkomstig artikel 56, derde lid, van het decreet geheel of gedeeltelijk opdragen aan diensten en personen die werkzaam zijn op het gebied van sociale, sociaal-psychologische of psychologische adviesverlening, alsook op het gebied van de begeleiding van kinderen, jongeren en volwassenen.

De nadere regels voor de gehele of gedeeltelijke uitvoering van de nazorg vermeld in het tweede lid, worden vastgelegd in een overeenkomst tussen de ZBGA, de adoptanten en de diensten en personen vermeld in het eerste lid.

§ 2 – De door de ZBGA uitgevoerde nazorg is gratis voor de kandidaat-adoptanten.

De kosten die in het kader van de nazorg vermeld in § 1, eerste lid, ontstaan, worden gedragen door de adoptanten. Op met redenen omkleed verzoek van de adoptanten kan de ZBGA die kosten overnemen.

Als de nazorg overeenkomstig artikel 56, tweede lid, van het decreet wordt uitgevoerd door een adoptiedienst, dan wordt de bijdrage van de kandidaat-adoptanten in de kosten van de nazorg vastgelegd in de overeenkomst vermeld in artikel 36. Die bedraagt hoogstens 650 euro per paar of per persoon.

Het bedrag vermeld in het derde lid wordt jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 109,69 op 1 januari 2020 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

HOOFDSTUK 5 – BESCHERMING VAN PERSOONSGEGEVENS

Art. 42 – Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 – Overeenkomstig artikel 60 van het decreet kunnen het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - en de adoptiediensten, voor de duur vermeld in artikel 61 van het decreet, de volgende gegevens verwerken over:

1° de geadopteerden:

- a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, verblijfsstatus, gezinssamenstelling, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
- b) familiale en sociale omgeving, familiegeschiedenis;
- c) sociale en administratieve situatie;
- d) gedrag, persoonlijke ontwikkeling;
- e) gezondheidstoestand, psychologische en lichamelijke ontwikkeling;

2° de kandidaat-adoptanten:

- a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, verblijfsstatus, gezinssamenstelling, burgerlijke staat, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
- b) eindexamen, opleiding, studiegetuigschriften;
- c) talenkennis;
- d) familiale omgeving, familiegeschiedenis;
- e) sociale omgeving, beroepssituatie, financiële situatie;
- f) interesses, hobby's, verenigingsleven;
- g) gezondheidstoestand, psychologische en lichamelijke ontwikkeling;
- h) raciale of etnische afkomst, politieke opvattingen, religieuze of levensbeschouwelijke overtuigingen;
- i) strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten;

3° de biologische ouders:

- a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, verblijfsstatus, gezinssamenstelling, burgerlijke staat, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
- b) familiale omgeving, familiegeschiedenis;
- c) sociale omgeving, beroepssituatie, financiële situatie;
- d) gezondheidstoestand.

§ 2 – In opdracht van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - kunnen de derden vermeld in artikel 18, § 1, eerste lid, voor de duur vermeld in artikel 61 van het decreet de volgende gegevens verwerken over de kandidaat-adoptanten:

1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, verblijfsstatus, gezinssamenstelling, burgerlijke staat, adres, telefoonnummer, e-mailadres;

2° familiale en sociale omgeving, familiegeschiedenis.

§ 3 – In opdracht van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - kunnen de diensten en personen vermeld in artikel 26, § 4, 2°, artikel 29, tweede lid, artikel 40, § 1, tweede lid, en artikel 41, § 1, eerste lid, voor de duur vermeld in artikel 61 van het decreet, de volgende gegevens verwerken over:

1° de geadopteerden:

- a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, verblijfsstatus, gezinssamenstelling, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
- b) familiale en sociale omgeving, familiegeschiedenis;
- c) sociale en administratieve situatie;
- d) gedrag, persoonlijke ontwikkeling;
- e) gezondheidstoestand, psychologische en lichamelijke ontwikkeling;

2° de kandidaat-adoptanten:

- a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, verblijfsstatus, gezinssamenstelling, burgerlijke staat, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
- b) eindexamen, opleiding, studiegetuigschriften;
- c) talenkennis;
- d) familiale omgeving, familiegeschiedenis;
- e) sociale omgeving, beroepssituatie, financiële situatie;
- f) interesses, hobby's, verenigingsleven;
- g) gezondheidstoestand, psychologische en lichamelijke ontwikkeling;
- h) raciale of etnische afkomst, politieke opvattingen, religieuze of levensbeschouwelijke overtuigingen;
- i) strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten;

3° de biologische ouders:

- a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, verblijfsstatus, gezinssamenstelling, burgerlijke staat, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
- b) familiale omgeving, familiegeschiedenis;
- c) sociale omgeving, beroepssituatie, financiële situatie;
- d) gezondheidstoestand.

§ 4 – In opdracht van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - kunnen de psychologen vermeld in artikel 24, § 1, eerste lid, 2°, artikel 25, vierde lid, artikel 26, § 1, eerste lid, 3°, en artikel 28, tweede lid, voor de duur vermeld in artikel 61 van het decreet, de volgende gegevens verwerken over de kandidaat-adoptanten:

- 1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, verblijfsstatus, gezinssamenstelling, burgerlijke staat, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
- 2° familiale en sociale omgeving, familiegeschiedenis;
- 3° psychologische ontwikkeling.

§ 5 – In opdracht van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - kan de psycholoog vermeld in artikel 27, derde lid, voor de duur vermeld in artikel 61 van het decreet, de volgende gegevens verwerken over de geadopteerden:

- 1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, verblijfsstatus, gezinssamenstelling, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
- 2° familiale en sociale omgeving, familiegeschiedenis;
- 3° gedrag, persoonlijke ontwikkeling;
- 4° psychologische ontwikkeling.

§ 6 – In opdracht van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - kunnen de per prestatie vergoede deskundigen vermeld in artikel 35, derde lid, artikel 36, tweede lid, en artikel 38, tweede lid, van het decreet, voor de duur vermeld in artikel 61 van het decreet, de volgende gegevens verwerken over de kandidaat-adoptanten:

- 1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, verblijfsstatus, gezinssamenstelling, burgerlijke staat, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
- 2° eindexamen, opleiding, studiegetuigschriften;
- 3° talenkennis;
- 4° familiale omgeving, familiegeschiedenis;
- 5° sociale omgeving, beroepssituatie, financiële situatie;
- 6° interesses, hobby's, verenigingsleven;
- 7° gezondheidstoestand, psychologische en lichamelijke ontwikkeling;
- 8° raciale of etnische afkomst, politieke opvattingen, religieuze of levensbeschouwelijke overtuigingen;

9° strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten.

§ 7 – In opdracht van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - kunnen de per prestatie vergoede deskundigen vermeld in artikel 37, tweede lid, van het decreet, voor de duur vermeld in artikel 61 van het decreet, de volgende gegevens verwerken over de geadopteerden:

- 1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, verblijfsstatus, gezinssamenstelling, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
- 2° familiale en sociale omgeving, familiegeschiedenis;
- 3° sociale en administratieve situatie;
- 4° gedrag, persoonlijke ontwikkeling;
- 5° gezondheidstoestand, psychologische en lichamelijke ontwikkeling.

HOOFDSTUK 6 – RECHT OP TOEGANG TOT INFORMATIE OVER DE HERKOMST

Art. 43 – Recht van toegang

§ 1 – Het recht van toegang bestaat daarin dat de geadopteerde of, in geval van overlijden van de geadopteerde, zijn nakomelingen inzage krijgen in een dossierstuk bij de ZBGA of bij een adoptiedienst, uitleg bij dat dossierstuk krijgen en een afschrift ervan kunnen krijgen.

Wanneer het om een dossierstuk gaat dat een inschatting of beoordeling bevat over een met naam genoemde of gemakkelijk identificeerbare natuurlijke persoon of de beschrijving bevat van een gedrag waarvan het ruchtbaar maken ervan een kennelijk nadeel kan berokkenen aan die persoon, moeten de personen vermeld in het eerste lid schriftelijk motiveren waarom ze een persoonlijk en direct belang hebben bij dat dossierstuk.

§ 2 – Inzage in een dossierstuk, uitleg over dat dossierstuk of een afschrift van dat dossierstuk worden verleend op basis van een schriftelijke aanvraag die moet worden gericht aan de ZBGA of aan de adoptiedienst die over het dossier beschikt.

Als de geadopteerde de leeftijd van 18 jaar nog niet heeft bereikt, worden de geadopteerden door de ZBGA of door de adoptiedienst ingelicht over de aanvraag.

De ZBGA of de adoptiedienst controleren de aanvraag binnen een termijn van 45 dagen, te rekenen vanaf de ontvangst ervan.

Als de aanvraag ingewilligd wordt, wordt binnen een termijn van veertien dagen aan de aanvrager meegedeeld waar en wanneer hij het dossierstuk kan inzien.

Als de aanvraag afgewezen wordt, wordt binnen een termijn van veertien dagen aan de aanvrager meegedeeld waarom zijn aanvraag wordt afgewezen.

Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Alle aanvragen worden bijgehouden in een register.

§ 3 – De geadopteerde kan zich bij de inzage laten begeleiden door een meerderjarige vertrouwenspersoon van zijn keuze.

HOOFDSTUK 7 – SLOTBEPALINGEN

Art. 44 – Opheffingsbepaling

Het besluit van de Regering van 28 september 2006 betreffende de adoptie, gewijzigd bij het besluit van 19 januari 2011, wordt opgeheven.

Art. 45 – Inwerkingtreding

Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2020.

Art. 46 – Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS